

Nr. 11-12/2018

# Gymnasium

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Philologenverband zum gymnasialen Fächerkanon:

- Gesellschaftswissenschaften – Säulen der Demokratie
- Naturwissenschaften – Basis für Wohlstand
- Sprachen – unverzichtbar für Europa
- Ethik, Musik und Bildende Kunst – Wegbereiter für Freiheit, Frieden und Toleranz

Editorial [R. Scholl] 2  
 Zur Person: Jörg Sobora [E. Groß] 4  
 Zur Person: Martin Brenner [E. Groß] 5  
 Außerordentliche Hauptvorstandssitzung [E. Jauch] 6  
 Jupi-Mitteilungen (DPHV) [M. Röhricht] 6  
 Gegendarstellung / Lesermeinung 7  
 Arbeitnehmer-Info: Befristete Einstellung [U. Kampf] 8  
 Elternzeit-Vertretungen (km-prm) 9  
 Landestariftagung BBW [U. Kampf] 10  
 Europa am Scheideweg [B. Saur] 11  
 Aktuelles aus dem Hauptpersonalrat [J. Sobora] 12  
 Stärkung der Schulleitung [phv-prm] 13  
 Thema aktuell - heute SPD [Dr. St. Fuist-Blei] 14  
 Treffen der KBW-Lehrerverbände [C. Santelmann] 16  
 JuPhi-Aktivitäten [M. Scherer/M. Röhricht/A. Käßbohrer] 17  
 Meinung zum Thema 'Wahlfreiheit G8/G9' [B. Saur] 18  
 Aus der Wahlkampfkommission [E. Groß] 19  
 Schulen im Stress-Test [C. Grimm] 20  
 Schulvertreterversammlung BV Südwürttemberg [A. Müller] 21  
 GBW-Interview mit Prof. Dr. Reinhold Nickolaus 23  
 Personalräteschulungen [R. Scholl/H. Hauser] 26  
 Tagung der Schwerbehindertenvertretung [A. Wessel] 28  
 Diskussionsbeitrag zum 'Vertretungsunterricht' [E. Jauch] 29  
 Reisekosten-Urteil und Kommentar [R. Scholl] 30  
 Neues GBW-Redaktionsteam [E. Groß] 31  
 Gymnasium - quo vadis? - Kommentar [E. Groß] 32

Titelfoto: Thomas-Mann-Gymnasium, Stutensee (Foto: Helmut Hauser)

**IMPRESSUM**

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

**Redaktion:**

**Schriftleiter:**  
 Enver Groß [E.G.] | gross.enver@phv-bw.de  
 Veilchenweg 15 | 88276 Berg  
**Redaktionsteam:**  
 Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |  
 Edelgard Jauch [E.J.] | Anne Käßbohrer [A.K.] |  
 Richard Zöllner [R.Z.]

**Herausgeber:**

Philologenverband Baden-Württemberg  
 Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart  
 Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77  
 info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

**Verlag & Anzeigenverwaltung:**

Pädagogik & Hochschul Verlag  
 dphv-verlagsgesellschaft mbh  
 Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf  
 Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95  
 dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

**Redaktionsschluss:**

**Januar-Februar-Ausgabe:** 28. Dezember 2018,  
**März-April-Ausgabe:** 4. März 2019.  
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

**Erscheinungstermin:** sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

*Liebe Leserinnen und Leser,*

der alltägliche Schul-’Wahnsinn’ hat kaum begonnen, da nähert sich schon die Weihnachtszeit. Ich weiß kaum, wo die letzten Monate seit den Sommerferien geblieben sind. Geht es Ihnen genauso?

**Der Aufreger vom 10. bis 14. Oktober 2018: die AfD-Lehrermeldeplattform**

Zwar war sie weniger als 24 Stunden tatsächlich online, sorgte aber in den vier Tagen vor der Bayernwahl für einen Sturm im Blätterwald, im Online-Dschungel sowie im Radio und Fernsehen: die AfD-Lehrermeldeplattform. Durch die von der baden-württembergischen Piratenpartei eingerichtete und bis heute aktive Gegenplattform <https://mein-abgeordneter-hetzt.de>, mit der man die AfD-Seite mit Zitaten von AfD-Politikern ’befüllen’ konnte und derzeit immer noch gegen die AfD-Petz-Plattformen in Sachsen und Berlin angehen kann, wurde dieser Spuk in Baden-Württemberg in weniger als 24 Stunden sehr schnell beendet. Der PhV hat zu dieser Plattform eines AfD-MdL sofort am 10. Oktober in der Landeschau ’SWR Aktuell’ und in der Folgewoche in einer Pressemitteilung



**Ralf Scholl**  
 ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

und in einer E-Mail an alle Mitglieder und an alle Schulleitungen Stellung bezogen. Es ist gut, dass diese reine Phantomdebatte (denn einschlägige Dienstaufsichtsbeschwerden gibt es seit Jahren nicht) so schnell beendet war. Die Palette der Reaktionen auf die E-Mail-Nachricht an die PhV-Mitglieder reichte von einer Beschwerde über die angeblich ’wachsweiße’ PhV-Positionierung über viele zustimmende oder dankbare Rückmeldungen bis hin zu einer Austrittserklärung. Aus meiner Sicht wurde dieser Einschüchterungsversuch gegenüber den baden-württembergischen Lehrkräften sehr schnell und erfolgreich abgewehrt.

**Weitere Erhöhung des Anteils von Schülern mit massiven Problemen in den Klassen 5 bis 7**

Die alljährliche Umfrage des PhV an den Gymnasien ergab für die Schüler der Klassen 5 bis 7 folgendes Bild (s. Tabelle):

Klassenstufe	Abgang im Jahr	Nicht versetzt	Probeversetzt	RS-Empfehlung	Gesamt	Vorjahr
5	1,57 %	1,66 %	0,01 %	2,22 %	5,56 %	4,6 %
6	2,60 %	2,69 %	0,04 %	2,75 %	8,07 %	7,0 %
7	2,54 %	3,08 %	0,11 %	1,89 %	7,62 %	7,1 %

Der Vergleich mit den Vorjahreszahlen zeigt deutlich, dass sich die Situation im letzten Schuljahr weiter verschlechtert hat. Die entsprechende Pressemitteilung des PhV wurde unter anderem von den beiden Stuttgarter Zeitungen aufgegriffen. Ob die Vorlagepflicht der Grundschulempfehlung zum Schuljahr 2018/2019 die Situation zumindest leicht entschärfen kann,

werden wir dann spätestens in einem Jahr wissen.

**Qualitätskonzept des Kultusministeriums**

Auf einer Veranstaltung des Kultusministeriums am 8. Oktober 2018 ’Wie Evidenzorientierung gelingt’ wurden wesentliche Eckpunkte des

Qualitätskonzepts bekannt gegeben: Das Errichtungsgesetz für die beiden neuen Institute soll bis Ende des Jahres unter Dach und Fach sein, und formal sollen sie zum 1. Januar 2019 gegründet werden. Allerdings wird bei den Fortbildungen bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 alles beim Alten bleiben. Erst zum neuen Schuljahr wird den beiden Einrichtungen das Personal zugewiesen. Das Institut für Bildungsanalysen (IBBW) wird dann 135 Stellen haben und in den Räumen des Landesinstituts für Schulentwicklung in Stuttgart untergebracht. Seine Aufgabe wird die Entwicklung eines strategischen, wissenschafts- und evidenzbasierten Bildungsmonitorings sein. Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) wird 195 Stellen erhalten und voraussichtlich in Leinfelden-Echterdingen angesiedelt sein. Außerdem wird es insgesamt sechs Regionalstellen des ZSL mit je 24 Stellen geben, je zwei im Regierungspräsidium (RP) Stuttgart und im RP Karlsruhe, je eine in den Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen. Auch die Seminare als zentrale Orte der Lehrerbildung werden dem ZSL unterstehen, ebenso die Landesakademien. Die genaueren Personalkonzepte werden derzeit detailliert ausgearbeitet.

### Neue Kursstufe

Die Umsetzung der neuen Kursstufe an den allgemeinbildenden Gymnasien tritt mit diesem Schuljahr in die akute Phase: Anfang Dezember sollen die neuen Leitfäden für die gymnasiale Oberstufe an den Schulen sein, so dass die Schülerinnen und Schüler gerade rechtzeitig vor den Kursvorwahlen über alle Details informiert sind.

### Vorstand des Philologenverbandes wieder komplett

Mit der Wahl von Martin Brenner zum neuen Schatzmeister auf der außerordentlichen Hauptvorstandssitzung am 12. Oktober 2018 ist der Landesvorstand wieder komplett. Das Traumergebnis von 100 Prozent der Stimmen war auch seiner exzellenten

und humorvollen Vorstellungsrede geschuldet. Und im Dank für seine Wahl blitzte ebenfalls sein Humor auf: Er hoffe ja, im Gegensatz zu seinem Namensvetter Martin Schulz, nach einem 100-Prozent-Ergebnis etwas länger im Amt zu bleiben... Mit seiner Wahl ist der Landesvorstand ab sofort wieder voll arbeitsfähig.

### Redaktion 'Gymnasium Baden-Württemberg' (GBW) künftig im Team

Hans-Eckhard Giebel, der bis zum Jahr 2010 zwölf Jahre GBW-Schriftleiter war und nach dem unerwarteten Tod von Dr. Andreas Horn noch einmal allein als Schriftleiter die redaktionelle Bearbeitung der GBW-Ausgabe 9-10/2018 übernommen hatte, wirkte auch bei der vorliegenden Ausgabe noch einmal beratend mit. Ein ganz großer Dank des Vorstands an ihn!

Wie geht es mit der GBW-Redaktion künftig weiter? Ein Aufruf per E-Mail an alle aktiven Verbandsmitglieder war erfolgreich: Für eine Mitarbeit an der Redaktion unserer Verbandszeitschrift 'Gymnasium Baden-Württemberg' meldeten sich zunächst spontan knapp zehn Interessierte. An einem ersten Redaktionstreffen nahmen dann erfreulicherweise fünf Personen teil mit dem Ergebnis der Gründung eines Teams unter der Redaktionsleitung von Enver Groß. Die neue Redaktionsmannschaft wird ab der Januar-Februar-Ausgabe unsere Verbandszeitschrift 'Gymnasium Baden-Württemberg' redaktionell be-

treuen und gestalten. Die Vorstellung des Redaktionsteams finden Sie auf Seite 31.

### Presse

Erfolgreich war auch ein E-Mail-Aufruf an alle unsere 'Jungsenioren', den Landesvorstand aktuell über in Baden-Württembergs Tageszeitungen erschienene Berichte zur Schul- und Bildungspolitik zu informieren (u.a. Mannheimer Morgen, Rhein-Neckar-Zeitung, Badische Neueste Nachrichten, Badische Zeitung, Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten, Südwestpresse, Südkurier, Heilbronner Stimme und Eßlinger Zeitung). Überregional werden bislang FAZ, Süddeutsche Zeitung und Die Zeit berücksichtigt. Der Vorstand bedankt sich sehr herzlich für diese Unterstützung!

Meine Bitte: Wenn Sie eine andere Zeitung lesen und den Vorstand über Veröffentlichungen zur Schul- und Bildungspolitik informieren möchten, dann melden Sie sich bitte bei mir oder bei der PhV-Landesgeschäftsstelle!

Ich grüße Sie herzlich und wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein von Gesundheit begleitetes erfolgreiches Jahr 2019.

Ihr

Ralf Scholl  
Vorsitzender PhV BW

**P.S.: Im Mai 2019 sind Personalratswahlen auf allen Ebenen. Wurden Sie von Ihrem Schulvertreter bereits auf eine Kandidatur angesprochen? – Wenn nicht, sprechen Sie mit ihm (oder ihr) oder teilen Sie Ihre Bereitschaft zur Kandidatur bitte per E-Mail direkt der PhV-Geschäftsstelle mit!**

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr*

Jörg Sobora (stellvertretender Landesvorsitzender):

## »Ich möchte stellvertretender Landesvorsitzender eines geeinten und einigen Verbandes sein!«

*Jörg Sobora ist seit 1. August 2018 Vorsitzender des Hauptpersonalrats Gymnasien beim Kultusministerium und seit 2016 stellvertretender Landesvorsitzender des Philologenverbandes.*

Jörg Sobora beschreibt sich als sehr zuverlässig, geduldig, sorgfältig, belastbar und plant gerne langfristig die anstehenden Aufgaben. Ebenso beziehe er gern alle ein, bezeichnet sich als kooperativ und als sehr teamfähig. Auch möchte er unseren neuen Vorsitzenden Ralf Scholl nach Kräften unterstützen. Dabei stehe er für respektvolle, wertschätzende Kommunikation und höflichen Umgang miteinander und möchte stellvertretender Vorsitzender eines geeinten und einigen Verbandes sein. Dabei stünden zwei Begriffe ganz oben: Transparenz und Beteiligung. Jörg Sobora: »Wir sollten unsere Positionen und Aktionen besser bekannt machen und uns auch verstärkt Anregungen von der Basis holen.« Schulvertreter und Mitglieder im Verband oder auch andere Lehrkräfte sollten mehr Gelegenheit haben, ihre Ideen, Vorschläge und Überlegungen in den Verband einzubringen. Man brauche auch mehr Raum und Zeit für Diskussionen und Positionsbestimmungen innerhalb des Verbandes.

### Bildungspolitische Ziele

Jörg Sobora hält es für sehr wichtig, gut in der Politik und mit relevanten Akteuren in der Bildungspolitik vernetzt zu sein. Dabei möchte er den sehr guten Ruf als kompetenter Gesprächspartner in der Bildungspolitik, den sich unser Verband in den vielen Jahren erarbeitet hat, erhalten und stärken. Ganz zentral sei es für ihn, den Bestrebungen entschieden entgegenzutreten, welche das bewährte vielgliedrige und leistungsorientierte Schulsystem kaputt reden oder gar abschaffen wollten. Ebenso sollte die Grundschulempfehlung wieder verpflichtend werden. Dabei setze er sich für eine entsprechende, notwendige Durchlässigkeit ein. Es müsse möglich sein, nicht nur nach unten, sondern auch nach oben zu wechseln. Jörg Sobora sieht sich als Verfechter des Erhalts und des Ausbaus der Qualität des Ba-

den-Württembergischen Schulsystems und insbesondere des Abiturs. Dabei trete er für einen europäischen Wissenskanon nach dem Humboldtschen Bildungsideal als Ziel des deutschen Gymnasiums statt übertriebener Kompetenzorientierung und Ökonomisierung der Bildung ein. Hierbei gehe es vor allem darum, wieder Studierfähigkeit statt Studienberechtigung im Blick zu haben. Ein wohltdosierter Gebrauch digitaler Medien nach Prüfung dessen Mehrwertes sei an unseren Gymnasien zu befürworten.

### Berufspolitische Ziele

Als oberstes Ziel nennt Jörg Sobora die Senkung der Arbeitsbelastung der gymnasialen Lehrkräfte. Viele Lehrkräfte seien überlastet oder an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen. Deshalb stehe für ihn der Kampf um eine Arbeitszeit- bzw. Deputatssenkung auf 24 oder 23 Stunden an erster Stelle. Viele junge Lehrkräfte arbeiteten nur noch als Teilzeitbeschäftigte, mit 22 oder 20 oder noch weniger Stunden. Weil sie ihren Beruf sorgfältig ausüben möchten, ohne krank zu werden. Es müsse möglich sein, dass man mit 100 Prozent in den Beruf des Lehrers einsteigen könne. Da werde sicherlich stete Lobbyarbeit in der Politik, nicht zuletzt aber auch in unserem Dachverband, dem BBW, nötig sein. Als weitere berufspolitische Ziele nennt Jörg Sobora die Senkung des Klassenteilers und eine Rückbesinnung auf das Kerngeschäft Unterricht. In diesem Zusammenhang möchte er tatkräftig mithelfen, dass die Befunde der Arbeitszeitstudie des Deutschen Philologenverbandes in diesem Sinne genutzt, in Politik und Gesellschaft verbreitet werden und Beachtung finden. Ebenfalls werde er sich für die Gewährung ausreichender Korrekturzeiten einsetzen. Notfalls müsse Baden-Württemberg aus dem gemeinsamen Aufgabenpool der Kultusministerkonferenz aussteigen. Weiterhin müssten Einstellungsperspektiven geschaffen und das Eingangsamt für gymnasiale Lehrkräfte auf A14 angehoben werden. Ebenso fordert er eine durchgängige Bezahlung und bessere Behandlung von Krankheits- und Vertretungslehrkräften sowie von Referendaren.

**E.G.**

### Zur Person



*Jörg Sobora ...*

- wurde am 17. November 1971 in Weimar geboren;
- studierte in Potsdam Anglistik/Amerikanistik, Romanistik sowie Slawistik;
- absolvierte Auslandsaufenthalte als Assistenzlehrer im Vereinigten Königreich und in Frankreich;
- studierte in Paris;
- absolvierte das Referendariat in Bayern;
- unterrichtete ab 2002 am Pestalozzi-Gymnasium in Biberach/Riß, wo er sich als Fachvorsitzender Französisch und bei vielen Austauschen engagierte;
- agierte im PhV BW ab 2003 als Schulvertreter, dann als Regionalvertreter, wurde 2007 zum Bezirksvorsitzenden der JuPhi Südwestfalen und 2010 zum Landesvorsitzenden der JuPhi gewählt;
- ist seit 2016 einer der beiden stellvertr. Landesvorsitzenden des PhV BW
- wurde 2010 in den Bezirkspersonalrat und 2014 in den Hauptpersonalrat (HPR) gewählt;
- ist seit dem 1. August Vorsitzender des HPR beim Kultusministerium.

### Ein stetiger Arbeiter

Jörg Sobora bringt als langjähriger Verbandsfunktionär vielfältige Erfahrungen auf allen Ebenen des Verbandswesens mit und hat den ehemaligen Landesvorsitzenden Bernd Saur nach Kräften unterstützt und begleitet. Sein hoher Sachverstand wird in den Bezirksverbänden sehr geschätzt. Jörg Sobora möchte die Interessen der gymnasialen Lehrkräfte als HPR-Vorsitzender bestmöglich vertreten, und ihm liegt die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen sehr am Herzen.

Martin Brenner (Landesschatzmeister):

## »Die gewonnenen finanziellen Spielräume nutzen!«

*Martin Brenner ist auf der außerordentlichen Hauptvorstandssitzung am 12. Oktober als Nachfolger von Dr. Andreas Horn mit 100 Prozent der Stimmen zum Landesschatzmeister gewählt worden. Gymnasium BW sprach mit ihm über seine Arbeit, seine Ansichten und seine Ziele im Verband.*

**A**ls oberstes Ziel nennt Martin Brenner die 'Stärkung der Basis' durch Mitgliedererwerbung. In seiner Funktion als Landesschatzmeister des PhV BW möchte er die nach der Schuldentilgung gewonnenen finanziellen Spielräume nutzen und in die Zukunft des Verbands investieren (*Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich bei der Schuldentilgung um die Immobilie der Landesgeschäftsstelle*). So will er den Mitgliederservice erweitern, in die Homepage und deren praktische Nutzbarkeit investieren sowie die Modernisierung und dadurch die Beschleunigung und Vereinfachung der Abläufe in der Landesgeschäftsstelle als Mehrwert für die Mitglieder vorantreiben.

Durch das sich verändernde Umfeld brauche der Verband eine lebendige Diskussionskultur, um seine Positionen immer wieder neu zu bestimmen. Gleichzeitig sei jedoch ein innerverbandlicher Zusammenhalt wichtig, um nach außen konsequent und überzeugend auf-

zutreten und im Sinne der gymnasialen Lehrkräfte etwas erreichen zu können.

### Bildungspolitische Ziele

Bezüglich seiner Kandidatur äußert Martin Brenner, es sei sein Wunsch gewesen, Teil eines Teams zu sein, das den PhV leite und gemeinsam nach vorn bringe. Dazu seien gemeinsame Werte sehr wichtig. Ebenso teile er das 'Humboldtsche Bildungsideal', auf welches sich Ralf Scholl in seiner Bewerbungsrede bei der Vollversammlung im Juli 2018 und auch danach immer wieder berufen habe. Dies sei eine sehr gute Voraussetzung, zusammen für einen Rahmen einzutreten, der diesem Ideal gerecht werde.

### Berufspolitische Ziele

Für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen fordert Martin Brenner wieder mehr Anrechnungsstunden. Ebenso dürften keine zusätzlichen Belastungen ohne entsprechende Entlastungen an anderer Stelle eingeführt werden. Jetzt müsse es darum gehen, nach der Auswertung der Arbeitszeitstudie vom Frühjahr über notwendige Entlastungen zu sprechen. Er fordert für die kommenden Jahre einen Einstellungskorridor für die Besten sowie Tarifabschlüsse, welche mit denen in der freien Wirtschaft mithalten könnten. Des Weiteren steht Martin Brenner für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Beamten. **E.G.**

### Zur Person



#### Martin Brenner ...

Berufliche Situation und PhV-Werdegang

- studierte die Fächer Mathematik und Deutsch;
- trat zu Beginn des Referendariats in den Philologenverband ein;
- unterrichtet seit 2006 am Buigen-Gymnasium Herbrechtingen;
- ist seit 2007 Schulvertreter an seiner Schule;
- wurde 2008 zum stellvertretenden Regionalvertreter der Region Aalen/Heidenheim gewählt;
- ist seit 2009 dortiger Regionalvertreter;
- wurde im selben Jahr Vorsitzender der Jungphilologen im Bezirk Nordwürttemberg;
- ist seit 2015 Bezirksrechner Nordwürttembergs;
- wurde 2018 mit 100 Prozent der Stimmen zum Landesschatzmeister des PhV BW gewählt.

Interessierte herzlich eingeladen:

## 'Bildungspolitischer Arbeitskreis' des PhV BW diskutiert über 'Gymnasiale Oberstufe'

**D**er 'Bildungspolitische Arbeitskreis' (BAK) des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW) trifft sich am Samstag, dem 15. Dezember 2018, von 14:00 bis 17:00 Uhr in der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle des Philologenverbandes Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart, um über die Oberstufe an allgemeinbildenden Gymnasien und beruflichen Gymnasien zu diskutieren.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen, die am 'Bildungspolitischen Arbeitskreis' teilnehmen möchten, können sich über die Landesgeschäftsstelle [info@phv-bw.de](mailto:info@phv-bw.de) per E-Mail anmelden.

Über eine Teilnahme freuen sich Andrea Pilz und Stefanie Wölz.

## Juphi-Vorstand des DPhV zeigt sich aktiv

Nachdem sich der Juphi-Vorstand des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) auf der Frühjahrstagung in Bremerhafen (15. bis 17. März 2018) neu bildete und auch einer unserer Landesvertreter (Maximilian Röhrich, Bezirksverband Südwürttemberg) in den erweiterten Vorstand gewählt wurde, machte sich der neue Vorstand daran, die gesamten Positionspapiere der letzten Jahre zu sichten und zu aktualisieren.

Während der Herbsttagung in Fulda (6. bis 8. September 2018) entstanden so neue Entwürfe zu den Themen Hochbegabung, Digitalisierung und Bildung, universitäre Lehrerbildung, A13-Besoldung für das gymnasiale Lehramt und Belastung im Referendariat.

Für die Frühjahrstagung 2019 in Trier (4. bis 6. April 2019) soll weiter an diesen Themen gearbeitet werden, und die neuen Positionspapiere sollen dort in finale Formen gebracht werden. Auch ist geplant, eine Gesamtübersicht aller Bundesländer über die jeweiligen Bedingungen des Referendariats zu erstellen, sodass man Studenten des Lehramts eine bessere Vergleichsmöglichkeit und Entscheidungshilfe (»Wo soll ich mein Referendariat nur machen?«) bieten kann.

**Max Röhrich**

## Bericht

>> Die außerordentliche Hauptvorstandssitzung fand im Hotel Campus Guest in Stuttgart-Vaihingen statt.



Hauptvorstand tagte am 12. Oktober 2018

## Martin Brenner einstimmig zum neuen Landesschatzmeister gewählt

*Aufgrund des plötzlichen Todes des langjährigen Landesschatzmeisters Dr. Andreas Horn musste auf einer außerordentlichen Sitzung des Hauptvorstands am 12. Oktober 2018 im Tagungshotel Campus Guest, Stuttgart-Vaihingen ein neuer Schatzmeister gewählt werden.*

Nach der Sitzungseröffnung durch den PhV-Vorsitzenden würdigte der Ehrenvorsitzende Bernd Saur die langjährigen herausragenden Leistungen des Verstorbenen für den Philologenverband und bat die Versammelten, sich zu einer Gedenkmminute zu erheben.

Danach stellte sich der einzige Kandidat für den Posten des Schatzmeisters vor: Martin Brenner, der seit 2015 Bezirksrechner in Nordwürttemberg ist. Er verwies dabei nicht nur auf das solide finanzielle Polster des Philologenverbandes, sondern wagte auch einen Ausblick in die Zukunft, in der es gelte, den Organisationsgrad der Gymnasiallehrkräfte zu erhöhen und in Mitgliederverwaltung und -gewinnung zu investieren. Seine Vorstellung überzeugte die Mitglieder des Hauptvorstands: Er übernimmt das

Amt des PhV-Schatzmeisters mit einem einstimmigen Wahlergebnis.

Anschließend wurde der ehemalige JuPhi-Vorsitzende, Jörg Sobora, der seit August HPR-Vorsitzender ist, von der JuPhi-Vorsitzenden Martina Scherer verabschiedet.

Der PhV-Vorsitzende Ralf Scholl berichtete im Anschluss über aktuelle Entwicklungen in der Bildungs- und der Berufspolitik, die stellvertretende Vorsitzende Karin Fetzner gab einen Einblick in die Aktivitäten der Wahlkampfkommission.

Als Gastredner konnte der neue Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg, Kai Rosenberger, gewonnen werden. Er hob mit Blick auf die Altersstruktur und die zum Teil schwierige Gewinnung von Nachwuchskräften hervor, dass der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg wieder attraktiver werden müsse und forderte, dass in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg Beamte auch überdurchschnittlich bezahlt werden müssten. Darüber hinaus fordert er ein Zurück zur 40- oder 39,5-Stunden-Woche, da der jungen Generation die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger werde. Der Faktor 'Zeit' stelle eine neue Währung dar.

**E.J.**

# Das neue Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung und die Erziehung zur Mündigkeit: Eine Gegendarstellung

»Grundsätzlich zeigt sich der Bildungswert des Faches WBS im Erkennen ökonomischer Situationen, dem Beurteilen ökonomischen Handelns sowie in der Erkenntnis, dass es dabei Alternativen gibt – auch im Hinblick auf die Berufs- und Studienorientierung. Deshalb sollen die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, als mündige Wirtschaftsbürger ihr tägliches wirtschaftliches Handeln zu hinterfragen und sich bewusst zu sein, dass sie auf die System- und Ordnungsbedingungen auch politisch Einfluss nehmen können.«

Dieses Zitat aus den Leitgedanken des neuen Faches Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung zeigt die Programmatik der Autorinnen und Autoren des Bildungsplans und begründet, warum sich die Bildungsplankommission über den Artikel von Cord Santelmann empört. Dieser hatte in einem wenig kenntnisreichen Artikel (*in Gymnasium Baden-Württemberg 9-10/2018*) behauptet, der Bildungsplan sei nicht von Pädagogen und Fachwissenschaftlern, sondern von wirtschaftsnahen Stiftungen, insbesondere der Dieter von Holtzbrinck-Stiftung entstanden. Er versteigt sich zu der Aussage, dass die Demokratiebildung durch die Einführung des Faches großen Schaden genommen hätte. Vielleicht hilft ein sachlicher Blick zurück auf die Arbeit der Bildungsplankommission, um dieser Denunziation entgegenzuhalten:

Unstrittig ist, dass sich über die Entscheidung des Kultusministeriums, die ökonomische Bildung aus den Fächern Gemeinschaftskunde und Geografie herauszunehmen und ein eigenes Fach im Fächerkanon der allgemeinbildenden Schulen zu schaffen, eine Kontroverse entzündet hat. Auch die Mitglieder der Bildungsplankommission standen dieser Entscheidung eher skeptisch gegenüber, obwohl es auch gute

Gründe gibt, Bildung zu professionalisieren, indem die domänenspezifische Ausbildung gestärkt wird. Die Erfahrung in der Lehrerausbildung hat nämlich des Öfteren gezeigt, dass die ökonomische Bildung der Politik- und Geographiestudenten eher rudimentär war und die Konstruktion von Fächerverbänden wie GWG und Verbundfächern der anderen Schularten nicht durch besonderen Erfolg bestach.

Nichtsdestotrotz ergab sich mit der Entscheidung für das neue Fach die Herausforderung einen Bildungsplan zu schreiben, der im Kontext sozialwissenschaftlicher Bildung zu verorten war und eben nicht nur die Schülerinnen und Schüler »fit« machen wollte, wie Cord Santelmann unterstellt.

Kritisch, engagiert und konstruktiv begaben sich die Mitglieder der Bildungsplankommission auf die Suche nach geeigneten didaktischen Modellen und sind der Überzeugung, dass das gewählte Drei-Dimensionen-Modell der Zielsetzung einer wertebasierenden und multiperspektivischen ökonomischen Bildung gerecht wird. In den Leitgedanken ist das Modell ausführlich beschrieben, und es wurde auf den vergangenen Multiplikationen für die Kolleginnen und Kollegen auch umfassend vermittelt. Das unterlegte Modell möchte Schülerinnen und Schüler in ökonomischen Situationen bewusst machen, dass ihre individuelle wirtschaftliche Entscheidung sowohl in einem Beziehungsgefüge zu anderen Akteuren als auch innerhalb eines Ordnungssystems erfolgt. In diesem Sinne sind sowohl die Kompetenzbeschreibungen als auch die inhaltsbezogenen Standards formuliert. Diese werden wiederum an ökonomischen Situationen (Konsument, Erwerbstätige, Wirtschaftsbürger) festgemacht. Gerade am Begriff 'Wirtschaftsbürger' zeigt sich die Zielsetzung einer Demokratiebildung: Dieser Begriff, der be-

zeichnenderweise der Wirtschaftsethik entliehen ist, hat als Erziehungsziel einen Bürger, der mündig ökonomische Zusammenhänge reflektiert, entsprechend handelt, aber sich zugleich auch bewusst ist, dass er in einer Demokratie die Rahmenbedingungen ökonomischer Ordnungen mitgestalten kann. Innerhalb der Lebenssituation 'Erwerbstätige' sind neben den Arbeitnehmern auch die Berufswähler und Unternehmer verortet. Die Berufs- und Studienorientierung bekam hier ihren konkreten Ort, wobei sie im Zusammenhang mit der Leitperspektive 'Berufliche Orientierung' zu sehen ist. Hierbei geht es – im Übrigen wie in allen sozialwissenschaftlichen Fächern – nicht um »abprüfbareren Lernstoff«, wie das Cord Santelmann formuliert, sondern um Urteilsbildung im besten Humboldtschen Sinne. Dies zeigt sich zum Beispiel in einem inhaltsbezogenen Standard, der die Berufsorientierung in den Zusammenhang mit dem Wandel der Arbeit stellt.

Auch die Standards zum Unternehmen dienen nicht der »Abrichtung« (Cord Santelmann), sondern stellen einen Zusammenhang zwischen unternehmerischen Entscheidungen und den Stakeholdern sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dar. Viele weitere Beispiele einer kontroversen und ganzheitlichen ökonomischen Bildung lassen sich finden, würden Kritiker sich die Mühe machen, den Bildungsplan aufmerksam und unvoreingenommen zu lesen.

Die Auseinandersetzung mit vielen gesellschaftlichen Akteuren, zu denen neben der Holtzbrinck-Stiftung auch viele andere Verbände und Gewerkschaften gehörten, dienten der kritischen Begleitung für die diskursive Arbeit in der Bildungsplankommission (vgl. zum Beispiel die Vorstellung und Diskussion des Bildungsplans bei einer SWL-Tagung am 7. Februar 2015). ➤

Nach der Anhörungsphase wurde die Kommission im Übrigen mit über hundert Eingaben konfrontiert, jede einzelne wurde besprochen und viele wurden eingepflegt. Es handelte sich hier also nicht um einen pseudo-demokratischen Prozess.

Wie sich seit diesem Schuljahr auch zeigt, sind die Schülerinnen und Schüler mit großer Begeisterung am Fach interessiert, und auch bei den Eltern vor Ort erfährt das Fach große Zustimmung. Warum der Philologenverband am Ende des langen Bildungsplanprozesses mit wenig Sachkenntnis die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Kommissionen diskreditiert, ist nicht nachvollziehbar. Allein der Blick in die prozessbezogenen Kompetenzen hätte genügt, um Vorurteile abzubauen: Der erste Standard zur Urteilskompetenz lautet: »Die Schülerinnen und Schüler sollen ökonomisches Handeln unter Sach- und Wertaspekten kriterienorientiert (zum Beispiel Effektivität, Effizienz, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität) beurteilen beziehungsweise bewerten können«. Mit Zweckerorientierung, wie sie Cord Santelmann unterstellt, hat das nichts zu tun.

**Eckhard Ahlgrimm, Yvonne Burghardt,  
Michael Dombrowsky, Ulrich Göser,  
Dr. Gideon Maier, Stefanie Wally**

### Links zur weiteren Information:

- <http://www.dvhstiftung.com/die-initiative>
- [http://www.dvhstiftung.com/content/02-die-initiative/dvhstiftung\\_wirtschaftsverstehenlernen.pdf](http://www.dvhstiftung.com/content/02-die-initiative/dvhstiftung_wirtschaftsverstehenlernen.pdf)
- <https://www.phv-bw.de/joomla/images/download/2015/2015-ARGE-PhV-GEWzu-WBS.pdf>

### Information für Arbeitnehmer zum Thema 'Befristete Einstellung'

# Skandalöses 'Perpetuum mobile' oder hilfreicher Notnagel für den Schulbetrieb?

## Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) und genannte Kriterien vom 26. Oktober 2016 zu Kettenbefristungen sind wegweisend

Die gängige Praxis, Kolleginnen und Kollegen wiederholt als Vertretungslehrkräfte befristet im Arbeitnehmerverhältnis ohne Bezahlung der Sommerferien einzustellen, wird vom Philologenverband Baden-Württemberg als 'skandalös' bezeichnet. Lange bestand große Rechtsunsicherheit, anhand welcher Kriterien festgestellt werden kann, ob eine wiederholte Befristung noch zulässig, eindeutig rechtsmissbräuchlich oder gegebenenfalls strittig, d. h. nicht automatisch ein Rechtsmissbrauch gegeben ist.

Wegweisend ist das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 26. Oktober 2016 zu Kettenbefristungen (Az: 7 AZR 135/15), eine Weiterentwicklung der Rechtsprechung infolge der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs EuGH vom 26. Januar 2012 (C 586/10) und vom 21. September 2016 (C 614/15). Maßgebend ist die Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge im Anhang der Richtlinie 1999/70/EG des Europäischen Rates vom 28. Juni 1999.

Den nachfolgenden Ausführungen liegen folgende Veröffentlichungen/Aufsätze zugrunde:

- Wolfgang Bott: »Zur Zulässigkeit befristeter Arbeitsverträge für Lehrkräfte«, Teil 1, in: Schulverwaltung Baden-Württemberg 4/2018, S. 124 bis 127; Teil 2, in: Schulverwaltung Baden-Württemberg 5/2018, S. 156 bis 159.
- Birger Baumgarten: »Klarheit bei Kettenbefristungen« in: Der Personalrat 9/2017, S. 35 bis 38.

Arbeitsrechtliche Grundlage für die Praxis, jemanden (wiederholt) befris-

tet einzustellen, ist die so genannte befristete Einstellung mit sachlichem Grund gemäß § 14 Absatz 1 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), zum Beispiel zur Vertretung einer anderen Lehrkraft (wegen Mutterschutz, Elternzeit oder Krankheit) gemäß § 14 Absatz 1 Nr. 3 TzBfG. Diese arbeitsrechtliche Grundlage besteht nicht, wenn der befristet eingestellten Lehrkraft im Arbeitnehmerverhältnis (L. i. A.) Aufgaben übertragen werden, für die ein dauernder Bedarf besteht.

Die strengeren gesetzlichen Bestimmungen für eine befristete Einstellung ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes in § 14 Absatz 2 Satz 1 TzBfG, nämlich eine Höchstdauer (des Arbeitsverhältnisses) von zwei Jahren bei maximal drei möglichen Verlängerungen, waren für das BAG der Maßstab für dessen in seinem oben genannten Urteil vom 26. Oktober 2016 niedergelegten Leitsätze für wiederholte befristete Arbeitsverträge mit Sachgrund:

Kein Rechtsmissbrauch besteht im Fall der dreifachen kombinierten Werte oder der vierfachen einzelnen Werte (*bezogen auf die sachgrundlose Befristung, s. o.*).

Die Prüfung eines Rechtsmissbrauchs ist geboten, d. h. ein Rechtsmissbrauch ist nicht automatisch gegeben, wenn die dreifach kombinierten Werte oder die vierfachen einzelnen Werte (bezogen auf die sachgrundlose Befristung) überschritten werden.

Ein Rechtsmissbrauch besteht in der Regel im Fall der vierfachen kombinierten oder der fünffachen einzelnen Werte (*bezogen auf die sachgrundlose Befristung, s. o.*); der Arbeitgeber kann ggf. nur, indem er be-



# PRESSEMITTEILUNG

## »Endlich!

## Dieser Schritt ist längst überfällig.«

Philologenverband Baden-Württemberg begrüßt Ankündigung  
der Kultusministerin zu Elternzeitvertretungen

sondere Umstände nachweist, die Annahme des indizierten Gestaltungsmissbrauchs entkräften: Ein Rechtsmissbrauch besteht also in der Regel im Fall von mehr als zwölf Vertragsverlängerungen in Verbindung mit einer Gesamtdauer von mehr als acht Jahren, in der Regel im Fall von mehr als zehn Jahren Gesamtdauer (singular) oder im Fall von mehr als fünfzehn Vertragsverlängerungen (singular).

Im Übrigen ist bei der Prüfung (der Rechtmäßigkeit) wiederholter befristeter Arbeitsverträge mit sachlichem Grund mit zu berücksichtigen: Eine Vertretung ist nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar möglich, zum Beispiel verbunden mit Ringtausch, fiktiver Abordnung/Versetzung oder gedanklicher Zuordnung. Branchentypische Besonderheiten des Schulbereichs müssen berücksichtigt werden, zum Beispiel das Schul(-halb-)jahr als Einheit für die Unterrichtsplanung oder eine eventuelle beschränkte fachliche Flexibilität der Lehrkraft (nur ein Unterrichtsfach).

Jenseits des oben genannten Urteils und der oben genannten Kommentierung müssten sich die in den oben dargelegten Leitsätzen des BAG aufgeführten 'Grenzwerte' zugunsten der befristet beschäftigten L. i. A. verändern, wenn gemäß dem Koalitionsvertrag die sachgrundlose Befristung gesetzlich auf maximal achtzehn Monate beschränkt wird.

**Ursula Kampf**

Referat Arbeitnehmerlehrkräfte/  
Tarif PhV BW

*Der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) begrüßt die Ankündigung der Kultusministerin, Elternzeit-Vertretungen über die Sommerferien hinweg zu bezahlen und stellt fest: »Fertige Referendare müssen ebenfalls über die Sommerferien bezahlt werden, sonst nehmen sie keine Stelle in Baden-Württemberg an, sondern wandern in andere Bundesländer ab!« Denn: »Die Lehrerversorgung sei 'auf Kante' genäht«.*

**D**er Philologenverband Baden-Württemberg begrüßt die Ankündigung von Kultusministerin Susanne Eisenmann, Verträge für Elternzeitvertretungen auch über das Schuljahresende hinaus laufen zu lassen. »Dieser Schritt ist längst überfällig«, meint der PhV-Vorsitzende Ralf Scholl und fügt hinzu, Baden-Württemberg sei das Bundesland, das bundesweit die meisten Vertretungslehrkräfte zu den Sommerferien entlasse und zum ersten Schultag wieder einstelle. »Diese Behandlung der Vertretungslehrkräfte ist eines reichen Landes unwürdig«, so die Kritik des Vorsitzenden. Der Philologenverband fordert deshalb, künftig alle langfristig befristet beschäftigten Lehrkräfte auch über die Sommerferien zu beschäftigen, nicht nur als Elternzeitvertretungen. Angesichts der »gegenwärtigen hervorragenden Finanzlage des Landes« wäre dies eine machbare und sinnvolle Maßnahme.

### Referendare auch über die Sommerferien bezahlen

Im Hinblick auf die prekäre Einstellungssituation in den meisten Schularten

fordert Scholl: »Fertige Referendare müssen ebenfalls über die Sommerferien bezahlt werden, sonst nehmen sie keine Stelle in Baden-Württemberg an, sondern wandern in andere Bundesländer ab!« Mit einer Bezahlung über die Sommerferien würde endlich auch der gesetzliche Urlaubsanspruch abgegolten, denn im Referendariat mache niemand Urlaub in den 'kleinen' Ferien. Das könne sich kein Referendar und keine Referendarin leisten, wenn eine um 1/10 bessere Note über die Einstellung entscheide.

### PhV-Forderung: Anhebung der Lehrerversorgung auf 110 Prozent

»Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit und haben deshalb gute Arbeitsbedingungen verdient«, erklärt Landesvorsitzender Scholl und unterstreicht erneut die immer wieder erhobene Forderung des PhV BW nach einer stufenweisen Anhebung der Lehrerversorgung auf 110 Prozent: »Die Lehrerversorgung ist auf Kante genäht, was einen viel zu hohen Unterrichtsausfall insbesondere an den Gymnasien zur Folge hat. Ein durch massive Ausfälle praktisch auf ein G7 reduzierter regulärer Unterrichtsumfang (statt des vom Land für die Gymnasien propagierten G8) schmälert die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen im Bundesvergleich. Die erschreckend schlechten Ergebnisse der baden-württembergischen Achtklässler im bundesweiten Vergleichstest VERA-8 im letzten Jahr lassen alle Alarmglocken schrillen. Die Landesregierung muss hier endlich ihre Hausaufgaben machen und die Unterrichtsversorgung verbessern.«

-prm-



Foto: Ludwig (BBW)

>> Die Mitglieder des LTT-Vorstands: v.l.n.r.: Klaus Schork (BTB Komba), Edmund Schuler (DPolG), Renate Conrath (DJG), Jörg Feuerbacher (DStG), Heike Strausberger (DPolG), Ursula Kampf (DPHV), Kai Rosenberger (BBW-Vorsitzender), Robert Wendling (VdStra)

## Landestariftagung des BBW – Beamtenbund Tarifunion nimmt Arbeit auf

Der Philologenverband BW ist durch Ursula Kampf im LTT-Vorstand vertreten!

Die Landestariftagung\* (LTT), das Plenum der Landestarifkommission (LTK) des BBW-Beamtenbund Tarifunion tagte erstmalig nach der Verankerung in der Satzung des BBW am 26. September 2018 in Stuttgart-Vaihingen. In den Vorstand\*\* der LTT wurde Ursula Kampf (PhV BW) als Beisitzerin gewählt.

Des Weiteren sind im Vorstand folgende Personen vertreten: als Vorsitzender Jörg Feuerbacher (DStG), der bereits im Dezember 2017 in die Landesleitung des BBW gewählt wurde; als stellvertretende Vorsitzende Heike Strausberger (DPolG); als weitere Beisitzer Robert Wendling (VdStra) und Renate Conrath (DJG); als beratende Mitglieder aus der Bundestarifkommissi-

on des dbb Michael Brendle (BTBKomba), Klaus Schork (BTBKomba), Edmund Schuler (DPolG) und in Doppelfunktion Ursula Kampf (DPHV).

Die vom Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) eingebrachten tarifpolitischen Anträge wurden vom Plenum beschlossen und werden vom neu gewählten Vorstand entsprechend der Rückmeldung der Landesleitung des BBW weiter bearbeitet und/oder dem dbb Beamtenbund Tarifunion für die nächsten Tarifverhandlungen zugeleitet.

Über die aktuelle Situation informierte Kai Rosenberger, der Vorsitzende des BBW. Anschließend zeigte Ulrich Hohndorf (Fachbereich Tarif des dbb) aus Berlin tarifpolitische 'Baustellen' und mögliche Forderungen in der nächsten Tarifrunde zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) auf. Die

lebhafteste Diskussion über mögliche Forderungen mündete in einen Ausblick auf die bevorstehende gemeinsame tarifpolitische Arbeit auf Landes- und Bundesebene angesichts der bevorstehenden TV-L-Tarifrunde. Die abschließende kritische Reflexion wurde von Jörg Feuerbacher, dem Vorsitzenden der LTT, geleitet.

Da die Fachverbände/-gewerkschaften, die im Vorstand vertreten sind, ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied in die LTT entsenden dürfen, wird zukünftig auch Sieglinde Selinka in der LTT den PhV BW vertreten.

**Ursula Kampf**

Referat Arbeitnehmerlehrkräfte/Tarif PhV BW

\* Jeder Fachverband und jede Fachgewerkschaft innerhalb des BBW, die Arbeitnehmer/innen organisieren, entsenden ein stimmberechtigtes Mitglied in die LTT.

\*\* Der von der LTT gewählte Vorstand führt die laufenden Geschäfte.

Europa am Scheideweg:

# Die EU zwischen Zentrifugal- und Zentripetalkräften

**Baden-Württemberg geht pro Europa in die Offensive****Vorschläge: unter anderem Ausweitung von EU-Partnerschulen, EU-Schulprojekttagen...**

ein Bericht von **Bernd Saur**  
Ehrenvorsitzender des Philologen-  
verbandes Baden-Württemberg



**D**ie EU befindet sich in ihrer bislang größten Krise. Es geht nicht um einzelne

kleinere Probleme, es geht ums 'Eingemachte', nämlich darum, ob diese Staatengemeinschaft eine Zukunft hat oder nicht.

Während vor allem die Visegrad-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei) vor weiteren Integrationsschritten warnen, werden in Südeuropa Stimmen laut, die sich eine Weiterentwicklung der EU zu einer Wirtschafts-, Verteidigungs-, ja sogar zu einer Sozialunion vorstellen könnten. Völlig zerstritten ist man in der Frage der Flüchtlingspolitik. In vielen Staaten erstarken EU-kritische Positionen und rechtspopulistische Parteien. Das Vereinigte Königreich wird die EU verlassen. Auch in der deutschen Bundesregierung denkt man inzwischen ernsthaft über ein 'Europa der zwei Geschwindigkeiten' nach. Und als ob dies alles nicht schon genug wäre, legt die italienische Regierung einen Haushaltsentwurf vor, der über die bereits existierende gewaltige Staatsverschuldung hinaus weitere massive Schulden vorsieht, die man für nötig erachtet, um die Wahlver-

sprechen (zum Beispiel eine Senkung des Renteneintrittsalters) zu finanzieren. Das vehemente Veto der EU scheint die neue Regierung Italiens nicht zu beeindrucken. Trotzig wird erklärt, man wolle an der Schuldenpolitik festhalten, und der Lega-Abgeordnete traktiert die Notizen eines EU-Kommissars mit seinem Schuh, ein Verhalten, das für sich selber spricht!

## Staats- und Justizministerium erarbeitet 'Leitbild für Europa'

Angesichts dieser diffusen Gemengelage und mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 setzt Baden-Württemberg ein (Ausrufe-) Zeichen. In einem gemeinsamen Projekt des Staatsministeriums und des Ministeriums der Justiz und für Europa wird ein 'Leitbild für Europa' erarbeitet und die Frage erörtert, wie sich Baden-Württemberg – zusätzlich zu all dem, was bereits unternommen wird – noch stärker proeuropäisch engagieren kann. Der baden-württembergische Europadialog ([www.europadialog-bw.de](http://www.europadialog-bw.de)) umfasst eine seit Januar 2015 laufende Serie von inzwischen 1000 Bürgerdialogen ([www.ec.europa.eu/citizensdialogues](http://www.ec.europa.eu/citizensdialogues)) sowie die Arbeit in den Fachforen 'Jugend', 'Umwelt', 'Innovation', 'Kommunen' und 'Sicherheit'. Am 1. Oktober 2018 waren Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Ministerpräsident Kretschmann zu einem Bürgerdialog in Freiburg zu Gast. Sie suchten das direkte Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu Fragen der Zukunft der Europäischen Union.

Landauf landab finden dieses Jahr zahlreiche Veranstaltungen zu europapolitischen Themen statt, wie zum Beispiel 'Zukunft der EU-Finzen – Was und wer finanziert die EU?', 'Zu-















kunft der EU-Bedeutung für die Region Stuttgart'.

## Fachforum 'Jugend': Projekte für Jugendliche zur Stärkung europäischer Identität

Im Fachforum 'Jugend', in dem ich Mitglied bin, besteht Einigkeit darüber, dass alle Projekte und Maßnahmen, die eine direkte Begegnung von EU-Bürgern aus verschiedenen Ländern ermöglichen (Städtepartnerschaften, Austauschprogramme, Erasmus usw.) intensiviert werden sollten und dass die europäische Identität der Jugendlichen gestärkt werden muss (die EU als Schicksals- und Interessensgemeinschaft begreifen). Aus der Vielzahl der des Weiteren eingebrachten konkreten Vorschläge seien stichwortartig nur einige genannt: Stärkung der politischen Bildung (vgl. *Vorhaben des Kultusministeriums nach Einführung einer Leitperspektive 'Demokratieerziehung'*), Direktwahl einer europäischen Regierung durch das EU-Parlament, neuer Anlauf zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung, neuer Anlauf für die Gestaltung eines europäischen Geschichtsbuchs, spezielle Europaseminare für Jugendliche, Ausweitung von Partnerschulen für Europa, von europäischen Parlamentsschulen, von EU-Schulprojekttagen, Anstrengungen zur verstärkten Anerkennung von Bildungsabschlüssen u.v.m.

In einem Geleitwort einer Europa-Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg schreibt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann über die Europäische Union: »Es ist zu wünschen, dass die Bedeutung Europas für Frieden, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit nach innen und außen auch in Zukunft verstanden und entschlossen gestaltet wird.« Diesem Wunsch schließen wir uns uneingeschränkt an.

Für Sie im HPR Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im HPR Gymnasien beim Kultusministerium

 Jörg Sobora Vorsitzender	 Ursula Kampf Vorstandsmitglied Arbeitnehmervertreterin	 Ralf Scholl Vorstandsmitglied	 Bernd Saur	 Claudia Hildenbrand	 Cord Santelmann	 Andrea Wessel
 Konrad Oberdörfer	 Horst Kirra	 Helmut Hauser	 Winfried Börs	 Richard Zöllner	 Stefanie Wölz	<p>Die PhV-Fraktion im HPR</p> 

## Personalratswahlen Mai 2019

Die regelmäßige Amtszeit der Personalräte in Baden-Württemberg endet am 31. Juli 2019.

Der Hauptwahlvorstand und die Bezirkswahlvorstände sind bereits bestellt und haben ihre Arbeit aufgenommen. Die Örtlichen Personalräte werden in Kürze aufgefordert, die Örtlichen Wahlvorstände (ÖWV) zu bestellen.

Mit Schreiben vom 5. September 2018 (Az.: 15-0307.1), wurde allen Schulleitungen

vom Kultusministerium Folgendes mitgeteilt: »Die Dienststellen haben den Wahlvorstand bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Der Wahlvorstand kann darüber hinaus wahlberechtigte Beschäftigte, also auch Schulleiterinnen und Schulleiter, als Wahlhelfer zu seiner Unterstützung bestellen.«

Die Personalratswahlen im gymnasialen Bereich werden vom 14. bis 16. Mai 2019 stattfinden.

## Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung

Die Wahlen der Örtlichen Schwerbehindertenvertretungen finden noch bis zum 30. November statt. Wahlberechtigt sind schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Lehrkräfte.

Die Bezirksschwerbehindertenvertretungen an den vier Regierungspräsidien werden zwischen dem 1. Dezember 2018 und dem 31. Januar 2019 von den neu gewählten Örtlichen

Vertrauenspersonen und den bisherigen Bezirksschwerbehindertenvertretungen gewählt.

Der Wahltermin für die Wahl der Hauptvertrauensperson wurde auf den 26. Februar 2019 festgelegt. Wahlberechtigt sind die neu gewählten Örtlichen Vertrauenspersonen, die neu gewählten Bezirksschwerbehindertenvertretungen und die bisherige Hauptvertrauensperson.

## A 14/E 14-Beförderungen 2019

Es ist ein Rückgang der Pensionierungen zu verzeichnen. Mittelfristig müssen je fünfzig Prozent der Beförderungsstellen über das Ausschreibungs- und über das konventionelle Verfahren vergeben werden. Im Arbeitnehmerbereich können neben 'Erfüllern/innen', Lehrkräften, die die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung erfüllen, auch so genannte 'beste Nichterfüller/innen' bei erfolgreicher Teilnahme an einem A 14-Beförderungsverfahren für beamtete Lehrkräfte von E 13 nach E 14 höhergruppiert werden. Da in den vergangenen Jahren weniger als fünfzig Prozent der Stellen über die Ausschreibungs-

verfahren vergeben wurden (101 Stellen), werden diese nun dem Ausschreibungsverfahren Mai 2019 zugeschlagen. Insgesamt gibt es 296 Stellen im Ausschreibungsverfahren zu vergeben. Die Verteilung auf die Regierungspräsidien sieht folgendermaßen aus: Stuttgart: 113, Karlsruhe: 75, Freiburg: 58 und Tübingen: 50 Stellen. Für das konventionelle Verfahren 2019 (Mai und Oktober) stehen insgesamt wahrscheinlich nur etwa 94 Stellen zur Verfügung. Somit wird es 2019 rund 390 Beförderungsstellen insgesamt im gymnasialen Bereich geben. Dies ist im Vergleich zu den Vorjahren fast eine Halbierung.

## Konzept zur Stärkung von Schulleitungen

Das Kultusministerium hat ein Konzept zur Stärkung von Schulleitungen beschlossen. Leider sind für gymnasiale Schulleitungen wenige konkrete Verbesserungen herausgekommen. So soll es eine Zulage für kommissarische Schulleitungen ab dem dritten bzw. vierten Monat geben. Andere angedachte Verbesserungen wurden erst einmal auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben mit der Begründung, dass es der Lehrermangel momentan nicht erlauben würde. Eine Erhöhung der Leitungszeit pro Klasse von 1,2 auf 1,4 (an Schulen für acht bis zu zwanzig Klassen) und eine Erhöhung des allgemeinen Entlastungskontingents könnten auf Grund des Bewerberüberhangs im gymnasialen Bereich nach Meinung des HPR sofort umgesetzt werden, zumal die Gymnasien bei der Kürzung 2013 überproportional betroffen waren. Auch die Finanzierung möglicher Schulverwaltungsassistenten ist noch nicht gesichert.

### Einblick

Weitere Themen, mit denen der HPR Gymnasien beschäftigt ist, sind unter anderem die geplante Ausweitung der Dokumentation der Unterrichtssituation, die gesetzlichen Änderungen zur Umsetzung des Qualitätskonzepts, die Verordnung über den Vorbereitungsdienst in Teilzeit und das Fortbildungsprogramm der Akademien.

Jörg Sobora

Zumeldung des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW)  
zur Pressemitteilung des Kultusministeriums Nr.63/2018  
'Ministerin stellt Konzept zur Stärkung von Schulleitungen vor'

## Konzept zur Stärkung der Schulleitungen wird begrüßt

Philologenverband fordert außerdem eine Erhöhung der Leitungszeit für gymnasiale Schulleiter und mehr Stellen für die Fachabteilungen

**D**er Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) hat das am 17. September 2018 von Kultusministerin Susanne Eisenmann vorgestellte Konzept zur Stärkung von Schulleitungen grundsätzlich begrüßt. »Es trägt dazu bei, die Schulleitungen bei ihren wichtigen und verantwortungsvollen Aufgaben zu stärken und zu entlasten«, so PhV-Landesvorsitzender Ralf Scholl in einer dazu herausgegebenen Pressemitteilung des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

### Forderungen: Leitungszeit erhöhen und Assistenzangebote erweitern!

Besonders dringlich sei nach Ansicht des Philologenverbandes für die Gymnasien die geplante Erhöhung der Leitungszeit und die Erweiterung der Assistenzangebote, also mehr Abteilungsleitungen. Die Leitungszeit müsse angehoben werden, da Verwaltungsaufgaben für Schulleitungen in den vergangenen Jahren weiter zugenommen hätten. Die Erhöhung der Leitungszeit dürfe auf keinen Fall mit dem Hinweis auf eine zunächst notwendige Verbesserung der Unterrichtsversorgung auf den 'Sankt-Nimmerleins-Tag' verschoben werden. PhV-Vorsitzender Scholl wies darauf hin, dass es an den Gymnasien zurzeit keine größeren Probleme bei der Unterrichtsversorgung als in den vergangenen Jahren gebe.

### Aufstockung der A 15-Stellen für Abteilungsleitungen

Noch wichtiger sei aber eine Aufstockung der A 15-Stellen für Abtei-

lungsleitungen (AL) an den Gymnasien: »Wir haben derzeit in der Regel nur drei Abteilungsleitungen pro Gymnasium – in Bayern sind es doppelt so viele«, erklärte Ralf Scholl. Es sei deshalb kein Wunder, dass viele Leitungsaufgaben durch das Schulleitungsteam in Baden-Württemberg kaum noch zu schaffen seien. Eine Erhöhung der Leitungszeit bringe jedoch wenig, wenn sie nicht auf genügend viele Personen in der erweiterten Schulleitung verteilt werden könne. Es gebe genügend viele Schulleiterinnen und Schulleiter, die ein halbes oder ganzes Jahr früher in den Ruhestand gingen, weil sie bis dahin so viele Stunden an Mehrarbeit aufgehäuft hätten.

### Eine Erhöhung auf mindestens fünf bis sechs Stellen pro Gymnasium ist unbedingt notwendig

Der PhV-Vorsitzende Ralf Scholl begründete diese Forderung damit, dass Lehrkräfte, die eine Abteilung leiten würden, im Rahmen ihrer Tätigkeit auch in der erweiterten Schulleitung wichtige Führungsaufgaben innerhalb der Schule hätten.

Auch müsse die Führungsspanne dringend verringert werden, damit ein Abteilungsleiter künftig nicht mehr für bis zu dreißig Kolleginnen und Kollegen zuständig sei, sondern für maximal zwölf bis fünfzehn, betonte Ralf Scholl. Sonst finde keine effektive Führung statt, oder noch schlimmer: effektiv keine Führung.

-prm-

# Thema aktuell

heute: SPD

## Grün-schwarze Lehrerstellenstreichung führt zu massivem Unterrichtsausfall

**K**aum war die SPD nicht mehr in der Regierung, sofort wurde wieder im Kultusetat gestrichen. Manchmal macht es keinen Spaß, Recht zu behalten. In der Debatte zum Landeshaushalt 2017 hatte ich der Öko-konservativen Regierung zugerufen: Wenn Sie diese Beschlüsse umsetzen und 1074 Lehrerstellen streichen, dann wird die Folge ein höherer Unterrichtsausfall sein. Grüne und CDU wurden damals nicht müde, zu erläutern, dass sie ja an anderer Stelle Lehrkräfte einstellen würden. Aber diese Stellen waren festen, zusätzlichen Aufgaben zugeordnet (Ganztagsschule, Inklusion, Poolstunden etc.). Somit war klar, sobald bei einem Mehr an Aufgaben trotzdem Stellen gestrichen werden, so kann dies nur auf Kosten des Kerngeschäfts gehen.

Und tatsächlich hat der Unterrichtsausfall im Land massiv zugenommen. Über alle Schulen hinweg fielen 2017/2018 insgesamt 12,5 Prozent mehr Stunden aus. Besonders dramatisch ist die Situation an den Gymnasien. Dort fielen sogar zwanzig Prozent mehr aus als im Vorjahr. Im aktuellen Schuljahr wird es mindestens ebenso düster zugehen. Inzwischen wissen sich Eltern, wie die in Stuttgart, nicht mehr anders zu helfen, als ihre eigene Landesregierung zu verklagen – ein einmaliger Vorgang, ein Armutszeugnis für ein Land wie Baden-Württemberg.

Demut löst dieser Umstand bei Kultusministerin Susanne Eisenmann jedoch nicht aus. Sie verweist auf ein Maßnahmenpaket aus dem letzten



von Dr. Stefan Fulst-Blei,  
MdB

Sommer und gibt vor, damit alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeit ausgeschöpft zu haben. Aus Sicht der Kultusministerin hat ihre eigene Lehrerstellenstreichung mit der prekären Lage rein gar nichts zu tun. Die Schuld für die Misere lädt sie stattdessen bei allen anderen ab: So lieferten Gewerkschaften falsche Zahlen, niemand mache konstruktive Vorschläge, die Vorgängerregierung hätte falsch geplant und die Lehrkräfte seien eh viel zu unflexibel. Tatsache ist aber, dass in diesem Jahr wieder weit über 2200 ausgebildete Gymnasiallehrkräfte keine Stelle erhalten haben, während in den Schulen eine Stunde nach der anderen ausfällt. Hier greift das Argument von Grün-Schwarz eben NICHT, es mangle nicht an Stellen, sondern an Bewerberinnen und Bewerbern. Im Gegenteil, es zeigen sich hier die fatalen Folgen der Stellenstreichungen unter Frau Eisenmann – dieser Raubbau muss umgehend zurückgenommen werden.

Jetzt besteht die Chance, die Defizite der Vergangenheit anzupacken und Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Dazu bedarf es einer anderen Planungsgrundlage und ambitionier-

ter Zielgrößen. Eine umfassende Erfassung des Unterrichtsausfalls, des fachfremd erteilten Unterrichts und kurz- oder langfristiger Erhöhungen des Klassenteilers müssen Planungsgrundlage werden. Erst anhand dieser Daten kann ein realistisches Bild der Situation an den Schulen gewonnen werden. Ausgehend von dieser schonungslosen Analyse müssen dann neue Ziele definiert werden. Den Status quo zu erhalten, kann nicht die Vision sein, denn aktuell läuft es alles andere als optimal.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert einen Stufenplan mit verbindlicher Absicherung im Kultusetat zur Realisierung einer Grundausrüstung jeder Schule von 106 Prozent. Des Weiteren müssen wir endlich einen weiteren Schritt bei der Aufstockung der Krankheitsreserve bei Lehrkräften im Land gehen, beginnend mit den zur Verfügung stehenden Gymnasiallehrkräften. 2011 haben wir als SPD die niedrigste Krankheitsreserve in ganz Deutschland vorgefunden. Dies war das Ergebnis einer jahrelangen verfehlten Sparpolitik der CDU/FDP-Landesregierung. Nur durch die deutliche Aufstockung auf 2000 Stellen kann sichergestellt werden, dass die jährliche Krankheitswelle etwa im Frühjahr nicht zu zahlreichen Stundenausfällen führt. Schließlich hat sich die Haushaltslage so weit verbessert, dass wir einen Fehler der letzten Legislatur korrigieren müssen. Die Anzahl an Entlastungsstunden muss wieder deutlich erhöht, die letzte Kürzung muss zurückgenommen werden.

Mit Direktbank und  
bundesweitem Filialnetz

## Für mich: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1</sup>

### Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk.

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen weiteren Vorteile** Ihres neuen Kontos unter Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst



>> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs mit der CDU-Fraktion v.l.n.r.: Andreas Kuhn (stellvertretender Vorsitzender des Realschullehrerverbandes BW); Cord Santelmann (Mitglied im Landesvorstand des PhV BW), Andrea Pilz (Bildungspolitischer Arbeitskreis im PhV BW), Karl-Wilhelm Röhm (CDU-Fraktionsvorsitzender), Karin Fetzner (stellvertretende PhV BW-Vorsitzende), Dr. Karin Broszat (Vorsitzende des Realschullehrerverbandes BW), dahinter Jörg Sobora (stellvertretender PhV BW-Vorsitzender), Anni Combé-Walter (stellvertretende Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes BW), Oliver Hintzen (VBE Nordbaden) und Herbert Huber (Vorsitzender des VBE BW).



## KBW-Lehrerverbände trafen sich mit der CDU-Landtagsfraktion

PhV nennt Vorschläge für das Gelingen einer 'nachhaltigen Einstellungspolitik'

*Zu einem Gespräch über bildungs- und berufspolitische Themen im Stuttgarter Haus der Abgeordneten trafen sich nach der Sommerpause die Lehrerverbände der Kommission Bildung und Wissenschaft (KBW) im Beamtenbund mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion.*

Zentrale Themen des in freundlich-konstruktiver Atmosphäre mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Wilhelm Röhm (MdL), und dem Parlamentarischen Berater der CDU, Dominik Ohly, geführten Gesprächs waren das

von Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann vorgestellte Konzept zur Stärkung der Schulleitungen, die Lehrereinstellung und Lehrerversorgung sowie die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe und das neue Qualitätskonzept des Kultusministeriums.

Der Philologenverband forderte für den gymnasialen Bereich eine 'nachhaltige Einstellungspolitik' und machte Vorschläge, wie der leidige 'Schweinezyklus' endlich durchbrochen werden kann, damit jedes Jahr in allen Fächern für das Gymnasium die jeweils Jahrgangsbesten gewonnen werden. Nach Auffassung des PhV ergibt sich der notwendige Lehrer-Einstellungs-

bedarf durch eine Senkung des Klassenstellers, durch die längst fällige Absenkung des Deputats, durch eine Erhöhung der Altersermäßigung und durch die angemessene Aufstockung von Anrechnungsstunden.

Für die Einrichtung gymnasialer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen (GMS) besteht nach Auffassung des PhV BW keine Notwendigkeit, da es an allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien flächendeckend gymnasiale Oberstufen gibt. Deshalb seien gymnasiale GMS-Oberstufen eine 'überflüssige Parallelstruktur'.

Nach dem Treffen äußerten sich die Gesprächsteilnehmer positiv über den Gesprächsverlauf und vereinbarten weitere Folgetreffen.

C.S.





>> Meinungen ausgetauscht v.l.n.r.: Maximilian Röhricht (PhV SW), Martina Scherer (PhV NB), Landesvorsitzende der BBW-Jugend, Mirjam Schmidt, und BBW-Landesvorsitzender Kai Rosenberger.



Foto: Martina Scherer

>> Junge Philologen zu Gast bei den Jungen Liberalen v.l.n.r.: Anne Käßbohrer (stellvertretende Bezirksvorsitzende der JuPhi in SW) Irene Schuster (JuLi-Kreisvorsitzende in Tübingen) und Martina Scherer (Landesvorsitzende der Juphi)

## »Gestern war heute noch morgen«

Junge Philologen zu Gast beim bildungspolitischen Sommerfest der BBW-Jugend

Am 20. September waren die Jungen Philologen (JuPhi) zu Gast beim bildungspolitischen Sommerfest der Jugend des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW). Die Vorsitzende Mirjam Schmidt und ihr Team hatten unter dem Motto 'Gestern war heute noch morgen – die Zukunft des öffentlichen Dienstes' eingeladen. Bei bestem Wetter konnten zahlreiche Gäste bei diesem Fest begrüßt werden. Verbandsübergreifend konnten bei dieser Gelegenheit Meinungen ausgetauscht und Standpunkte diskutiert werden.

Nach den einleitenden Worten von Spitzenvertretern der BBW-Fachjugendgewerkschaften und Verbände begrüßte der BBW-Vorsitzende, Kai Rosenberger, die Gäste und sprach einige Kernthemen des öffentlichen Dienstes an, darunter 'Beihilfe', 'Eingangsbesoldung der jungen Kolleginnen und Kollegen' sowie 'Einstellungschancen und berufliche Zukunft'.

Wie jedes Jahr bestand bei diesem Treffen die Gelegenheit, sich als Gewerkschafts- und Verbandsvertreter untereinander besser kennenzulernen und zu vernetzen. Für den öffentlichen Dienst, so die Meinung, sei es mehr denn je wichtig, als geschlossene Einheit zu agieren, um die kommenden beruflichen Herausforderungen und gesellschaftlichen Veränderungen, die sich auch auf das Berufsbild auswirken, gemeinschaftlich zu bewältigen. Ein besonderes Highlight des Festes war der traditionelle Marsch auf die Uhlandshöhe mit einem Blick auf das abendliche Stuttgart.

Die Jungen Philologen waren vertreten durch die Landesvorsitzende Martina Scherer (Nordbaden) mit ihrem Stellvertreter Maximilian Röhricht (Südwest) und dem ehemaligen JuPhi-Landesvorsitzenden und jetzt amtierenden Hauptpersonalratsvorsitzenden Jörg Sobora.

**Martina Scherer** und **Maximilian Röhricht**

>> PhV-Treffen beim Sommerfest der BBW-Jugend v.l.n.r.: Der ehemalige JuPhi-Vorsitzende Jörg Sobora, die JuPhi-Landesvorsitzende Martina Scherer und der stellvertretende JuPhi-Landesvorsitzende Maximilian Röhricht.



Fotos: Martina Scherer

## »Lehrer sind keine Saisonarbeiter«

Junge Philologen waren Gäste beim Landestag der Jungen Liberalen

Zu Gesprächen mit Jungen Liberalen (JuLi) trafen sich am 6. Oktober Südwürttembergs stellvertretende Bezirksvorsitzende der Jungen Philologen (Juphi), Anne Käßbohrer, und die Juphi-Landesvorsitzende Martina Scherer in Tübingen. Sie folgten einer Einladung der Jungen Liberalen zu ihrem Landestag, bei dem unter anderem über einen Antrag mit dem Titel 'Lehrer sind keine Saisonarbeiter' abgestimmt wurde – eine Forderung, die auch von den Jungen Philologen immer wieder gestellt wird.

Seit mehr als einem Jahr treffen sich Jungliberale und Junge Philologen, um berufs- und bildungspolitisch aktuelle Themen zu besprechen und Meinungen miteinander auszutauschen. Diesmal bestand während des Landestags der Jungen Liberalen wieder Gelegenheit, bereits bestehende Kontakte zum FDP-Nachwuchs zu pflegen und zu vertiefen und mit dem JuLi-Landesvorsitzenden, Valentin Christian Abel, direkt vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Sehr informativ war unter anderem eine Gesprächsrunde mit der Tübinger JuLi-Kreisvorsitzenden Irene Schuster, die nach ihrem abgeschlossenen 2. Staatsexamen das 'Wagnis' eingegangen war, an einer Grundschule zu unterrichten. Aufgrund der dort selbst gemachten Erfahrung konnte sie über den Einsatz von Gymnasiallehrern und ihre Arbeitssituation an Grundschulen einiges berichten. So hätten sie und ihre Kolleginnen und Kollegen »nach durchlebten Höhen und Tiefen« im Referendariat und einem erfolgreich abgeschlossenen 2. Staatsexamen ein weiteres Jahr der Ausbildung 'zurück' gehen müssen, zurück in die Besoldungsgruppe A 11 mit einem geringeren Gehalt als ein Studienrat.

Die JuLi-Bezirksvorsitzende Schuster berichtete weiter, dass man sich trotz abgeschlossenen Hochschulstudiums darauf habe einlassen müssen, einmal pro Woche am Seminar weitere pädagogische und fachdidaktische Kurse zu besuchen.

Es ist abzuwarten, wie diese Kolleginnen und Kollegen nach ihrer verpflichtenden vierjährigen Grundschulzeit zurück am Gymnasium mit der Umstellung auf gymnasialen Fachunterricht klarkommen. Wird ihnen die fehlende Praxis in der Oberstufe dann Probleme bereiten? Wo wird ihr beruflicher Weg dann hinführen? Antworten auf diese Fragen stehen noch aus. **Martina Scherer** und **Anne Käßbohrer**

## »Meine Meinung zum Thema Wahlfreiheit G8/G9«

*Seit Amtsantritt lehnt die grün-schwarze Regierung aufgrund des geschlossenen Koalitionsvertrags eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ab. Die Rigorosität dieser Ablehnung – auch von Seiten der Kultusministerin – verwundert nicht zuletzt auch deshalb, weil die CDU den Landtagswahlkampf 2016 mit der Aussage »Wir werden G8 und G9 nebeneinander ermöglichen« geführt hat. – Siehe CDU-Regierungsprogramm!*



Eine Petition des Philologenverbands erbrachte 2016 14 600 Unterstützer. Die aktuell noch laufende Petition 'G9 jetzt!' einer Elterninitiative liegt inzwischen bei über 26 000 Unterzeichnern. An mittlerweile nur noch 43 Standorten im Land, wo versuchsweise eine Wahlmöglichkeit angeboten wird, entscheiden sich regelmäßig zwischen achtzig und neunzig Prozent der Eltern für einen G9-Zug. Deutschlandweit sprechen sich etwa achtzig Prozent für G9 aus.

In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern ist man komplett zu G9 zurückgekehrt, in Hessen besteht die Wahlfreiheit, so wie sie der PhV BW fordert. Das heißt, dass über die Hälfte der Kinder in Deutschland die Möglichkeit haben, sich neun Jahre lang aufs Abitur vorzubereiten. Die sogar vom Bundesverfassungsgericht gerügte völlig mangelhafte Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland mit zum Teil wundersamen Noteninflationen in bestimmten Bundesländern wird durch die Weigerung unserer Kultusministerin zum Nachteil für unsere Landeskinder noch verstärkt. Die baden-württembergischen Eltern und Steuerzahler finanzieren über den Länderfinanzausgleich die weitere Benachteiligung ihrer eigenen Kinder, indem sie den Kindern in anderen

Bundesländern ein neuntes Schuljahr finanzieren, während ihre eigenen Kinder gezwungen werden, mit einem Jahr weniger das Abitur vorzubereiten.

Der Grund für die Einführung von G8 ist inzwischen entfallen. Kultusministerin Schavan befand, dass unsere Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich zu alt seien. Ein pädagogisches Argument für die Schulzeitverkürzung wurde übrigens niemals vorgebracht. Inzwischen ist die Wehrpflicht weggefallen und durch die Umstellung auf Bachelor/Master-Studiengänge ist das Studium kürzer geworden. Am beruflichen Gymnasium und an den beiden geplanten Oberstufen der Gemeinschaftsschule wird den Schülerinnen und Schülern ganz selbstverständlich ein neuntes Schuljahr gewährt. Mit welchem Recht wird es den Kindern am allgemeinbildenden Gymnasium verwehrt? Wer viel von Gerechtigkeit redet, sollte sein Handeln auch danach ausrichten.

Einige Jahre nach Einführung von G8 wurde deutlich, dass man nicht einfach bestimmte Lernstoffe ein Jahr vorverlegen kann, sondern dass es für bestimmte Lerninhalte und Erkenntnisse einer gewissen Reife bedarf. Niemand – und am allerwenigsten Frau Schavan – hatte diesen eigentlich naheliegenden Sachverhalt beachtet.

Und inzwischen wissen wir, dass die Jungen sich mit der verkürzten Schulzeit viel schwerer tun als die Mädchen, dass gerade ihnen ein weiteres Schuljahr gut täte.

Wir fordern nicht die Abschaffung von G8, sind uns jedoch sicher, dass es nicht für alle optimal geeignet ist. Für die Persönlichkeitsentwicklung, die altersgerechte Bewältigung von Lernstoffen und mannigfaltiges außerschulisches Engagement wäre für viele ein neunjähriger Bildungsgang deutlich besser.

Die seitens der Kultusministerin veranschlagten knapp fünfzig Millionen Euro Mehrkosten entsprächen weniger als 0,5 Prozent des Schuletats und 167 Euro pro Gymnasiast pro Schuljahr bei jährlichen Gesamtkosten pro Gymnasiast von 7900 Euro (zum Vergleich: Thüringen 8800 Euro und Bayern 9800 Euro) Jeder Gymnasiast würde also um 2,1 Prozent teurer werden und das Land Baden-Württemberg immer noch deutlich weniger kosten als in anderen Ländern. Für die Option eines 'Mehrwertgymnasiums' mit fundierter, nachhaltiger und substanzieller Förderung unserer begabten jungen Leute müsste dies eigentlich bei sprudelnden Steuereinnahmen problemlos finanzierbar sein.

**Bernd Saur**

Ehrenvorsitzender des Philologenverbands  
Baden-Württemberg

# Neues aus der Wahlkampfkommission (Wakako)

*Es ist Personalrats-Wahlkampf im Land – und der PhV Baden-Württemberg steckt als einzige ausschließliche Interessenvertretung der Gymnasiallehrkräfte mittendrin. Im Mai nächsten Jahres sind auf allen drei Ebenen Personalratswahlen. Dann werden die örtlichen Personalräte an den einzelnen Schulen, die Bezirkspersonalräte an den vier Regierungspräsidien sowie der Hauptpersonalrat am Kultusministerium als Vertreter der gymnasialen Lehrkräfte neu gewählt.*

Um den Landesvorstand im Wahlkampf strategisch zu unterstützen, hat der Philologenverband eine Wahlkampfkommission gebildet. Diese trifft sich in regelmäßigen Abständen in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart, um gemeinsame Aktionen inhaltlich zu planen und zu koordinieren. Die Erzeugnisse finden dann in Form von zum Beispiel Klappkarten, Drucksachen, Plakaten oder auch Präsent-Artikeln in den Schulen Einzug. Während die inhaltliche Ausgestaltung der Wahlplakate der Wahlkampfkommission (Wakako) obliegt, wird die grafische Darstellung von einem Grafikbüro erstellt. Das erste Plakat dieser Serie, welche die Standpunkte des Philologenverbands zu unterschiedlichen Themen und Aspekten der Bildungs- und Berufspolitik darstellt, befasst sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien im Land.

Einen Riesenschritt in die richtige Richtung würde die **Absenkung der Unterrichtsverpflichtung** auf die bis 1998 gültigen 23 Stunden darstellen. Damit würde das Deputat in Baden-Württemberg übrigens lediglich dem aktuellen Niveau in Bayern angepasst.

Die schrittweise Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf die seit Jah-



>> Wahlplakat des PhV zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

ren geltenden 25 Stunden stellt nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer vor kaum lösbare Herausforderungen, sie untergräbt auch die Möglichkeit, neben einer vollen Unterrichtsverpflichtung dem Familienleben nachzukommen. Die Wochenarbeitszeit ist dafür schlicht zu hoch.

Ein Rückgang des Deputats um eine Stunde bedeutet landesweit einen Zusatzbedarf von ungefähr 950 Stellen. Damit würden – bei einer sukzessiven Absenkung des Deputats um eine halbe Stunde über vier Jahre verteilt – vier Jahre lang über 450 zusätzliche Stellen pro Jahr entstehen. Dies würde angesichts der in den kommenden Jahren stark zurückgehenden Einstellungszahlen (Im Jahr 2022 nur noch rund 450 Stellen für Gymnasien und GMS zusammen!) eine große Chance darstellen. Und das nicht nur für die jungen KollegInnen, sondern auch für das gymnasiale Schulwesen in Baden-Württemberg, da so die Besten jedes Jahrgangs in allen Fächern eingestellt werden könnten und dieser unsägliche Zyklus zumindest ein Stück weit durchbrochen würde. Von 2002 bis 2016 standen jährlich über 1100 Stellen zur Verfügung, während es von 2022 bis 2032 jährlich nur noch rund 400 bis 450 Stellen sein werden.

Ebenso müssen endlich klare Kriterien für die **Teilung aller teilbaren Aufgaben für Teilzeitkräfte** geschaffen werden. Wer auf einen Teil seiner Besoldung verzichtet, der muss auch entsprechend entlastet werden. Viele Schulleiter gehen dieses Thema pragmatisch an, und es wird an anderer Stelle Ausgleich geschaffen, da Teilzeitkräfte die Konferenzen ja nicht nach der Hälfte der Zeit verlassen können. Die Art und Weise des Ausgleichs darf jedoch nicht den Schulleitern obliegen, sondern muss klar und verbindlich im Schul- und Beamtenrecht verankert werden, damit Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit ihr Berufs- und Familienleben auch verlässlich planen können. Wie steht es da mit Konferenzzeiten, aber insbesondere auch mit den immer weiter anwachsenden außerunterrichtlichen Aktivitäten wie Klassenfahrten, Austauschprogrammen, Studienfahrten, Exkursionen, Elternabenden, Schulfesten, Tagen der offenen Tür, ... ? Auch Korrekturzeiten in der Zweit- und Drittkorrektur müssen hier Erwähnung finden und sollten einheitlich geregelt werden.

Dies betrifft ebenso die **anteilige Zusatz-Tätigkeit bei Teilzeit in A14 und A15**, deren Ausübung auf mehrere Schultern verteilt werden könnte. Dadurch böten sich auch für Teilzeitkräfte bessere Möglichkeiten, solche Beförderungen anzustreben. Um die Arbeitsbelastung deutlich zu senken, ist darüber hinaus eine klare **Erhöhung der Anteilungsleiterstellen** an den Schulen, aber auch eine Korrektur der Streichung von Anrechnungsstunden notwendig.

Die Teilbarkeit von Funktionsstellen in A14 und in A15 muss ebenfalls ein Ziel sein, um eine eindeutige Benachteiligung für häftige Teilzeitkräfte aufzulösen. Immer mehr Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit, da darf das Dienstrecht kein Hindernis darstellen, sondern es müssen klar geregelte Möglichkeiten geschaffen werden, um auch im Falle eines Aufstiegs Familie und Beruf in Einklang zu bringen. >

So sollten auch bessere Kriterien zur **Anforderung von Vertretungskräften** (vom RP) gelten und diese Anforderung bereits **ab der dritten Krankheitswoche** verbindlich vorgesehen sein. Oft werden gerade Teilzeitkräfte herangezogen, wenn es darum geht, längerfristige Krankheitsausfälle zu vertreten, da diese ja beruflich 'nicht voll belastet' sind. Da werden dann der in Kauf genommene Besoldungsnachteil und der damit verbundene Freiraum schnell ausgehebelt, und das Familienleben gerät komplett aus den Fugen. Deswegen fordert der Philologenverband Baden-Württemberg eine klare Anhebung der Krankheitsreserve, welche durch die Rücknahme der bereits erwähnten Streichung der Anrechnungstunden teilweise kompensiert werden könnte, es geht hier um 100 bis 150 Deputate. Insgesamt wären flächendeckend jedoch knapp unter 400 Deputate nötig, um das Problem einigermaßen sicher zu lösen.

Im zehnten Jahr eines Konjunkturaufschwungs und sprudelnder Rekord-Steuereinnahmen ist es Zeit zu handeln und **die Lehrerversorgung** an den Gymnasien im Land endlich auf die vom Philologenverband Baden-Württemberg angestrebten **110 Prozent anzuheben**, eine seit Jahren gestellte zentrale Forderung unseres Verbandes, welche die ausufernde Mehrarbeit und die inakzeptablen Mehrbelastungen, insbesondere auch für Lehrkräfte mit Familie, erheblich reduzieren könnte. **E.G.**

## Schulen im Stress-Test

*Das Bild in unseren Lehrerzimmern hat sich in den letzten fünfzehn Jahren grundlegend verändert: Der großen Pensionierungswelle folgte die Einstellung vieler junger Lehrkräfte vor oder während der Elternphase. Sorgt das Land für Unterstützung der Kollegien?*

**W**ährend vor einigen Jahren ein 'Lehrer-Baby' fast ein singuläres Ereignis schien, sind heute viele Kolleginnen und Kollegen in der Elternphase. Zudem haben gesetzliche Regelungen zu Elterngeld und Elternzeit sowie ausgeweitete Betreuungsangebote Elternschaft verändert. Auch unser Dienstherr hat unter anderem mit dem Dienstrechtsreformgesetz einige Rahmenbedingungen angepasst, beispielsweise die Beurlaubungsregelungen bei kranken Kindern.

Für viele Außenstehende und auch für potentielle Lehrkräfte scheint die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an den Schulen geradezu paradiesisch zu sein: Lehrkräfte und Kinder haben meist zeitgleich Ferien, Teilzeitanträge und Beurlaubungen würden routinemäßig genehmigt. Da ein Großteil der Arbeitszeit zu Hause erledigt wird, lasse sich die Kinderbetreuung 'quasi nebenbei' erledigen – so das Vorurteil.

Schaut man genauer hin, zeigt sich ein anderes Bild: Ein volles Deputat ist für viele Kolleginnen und Kollegen schon ohne Familienaufgaben kaum machbar. Vereinbarkeit von Kindern und Dienst bedeutet häufig eine Entscheidung für Teilzeit, auch unterhältig, was zeitliche Spielräume schafft, aber finanzielle einengt. Insbesondere die Pensionsansprüche werden empfindlich geschmälert. Dies lässt sich im regulären Dienst nicht mehr korrigieren. Die Einschnitte sind von Dauer.

Ist Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Frauenthema? Nein. Natürlich nicht! Auch viele Väter nehmen Elternzeit, arbeiten in Teilzeit und verzichten auf Bewerbungen für Funktionsstellen und damit auf Karrierechancen.

Wie reagiert das Land auf die Veränderungen in Kollegien und Gesellschaft? Mütter und Väter dürfen zwar 'zu Hause



>> Claudia Grimm ist selbst Mutter und Referentin für Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im PhV BW

bleiben'. Aber trotz der Vielzahl an Anträgen auf Eltern- und Teilzeit haben die Schulen kaum personelle Ausstattung erhalten, um die Beurlaubungsphasen ohne massive Mehrbelastung für die Kollegien zu stemmen.

Häufig werden dann gerade die Teilzeitkräfte gefragt, ob sie beispielsweise für zwei Monate 'aufstocken könnten' – die Vollzeitkräfte seien ja sowieso ausgebucht. Aber auch die Vollzeitkräfte, teilweise selber in der Elternphase, werden zusätzlich belastet. Einerseits ist nachvollziehbar, dass Teilzeitkräfte einen ihrer Situation angemessenen Stundenplan erhalten. Schließlich verzichten sie auf Geld und haben gute Gründe, weniger an der Schule präsent zu sein. Andererseits häufen sich die Hohlstunden bei Vollzeitkräften, zum Teil auch der Nachmittagsunterricht, weil Teilzeitkräfte kompaktere Stundenpläne erhalten sollen. Aber auch das gelingt immer seltener.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – **wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen**. Das ist Realität an den Schulen: Stundenpläne, die auf alle berechtigten Anträge Rücksicht nehmen, sind aufgrund der Altersstruktur der Kollegien kaum möglich. Es sind aber oft nicht *dienstliche Belange*, die *entgegenstehen*, sondern *strukturelle Defizite*, die der Dienstherr kennt, aber nicht beseitigt.

Chancengleichheit an unseren Schulen bedeutet Machbarkeit: In allen Lebensphasen und Besoldungsstufen muss es für Frauen und Männer gleichermaßen möglich sein, ihren Dienst zu erfüllen und dennoch ein Privatleben zu haben! **Claudia Grimm**

41. Schulvertreterversammlung mit Rekord-Teilnehmerzahl

# »Dass jemand Einfluss ausübt, der gleichzeitig so vernünftig redet!«

Prof. Dr. Nickolaus entlarvte Fehlentwicklungen der letzten zwanzig Jahre

*Den Höhepunkt der diesjährigen PhV-Schulvertreterversammlung Südwürttemberg am 18. und 19. Oktober in Untermarchtal bildete der Vortrag von Prof. Dr. Reinhold Nickolaus, der Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Kultusministeriums ist. Der Bezirksvorsitzende Cord Santelmann zeigte sich nach dem Vortrag sehr erfreut »gesehen zu haben, dass im Bildungsbeirat jemand ist, der Einfluss ausübt, der gleichzeitig so vernünftig redet und geerdet ist!« Zuvor hatten die Delegierten sich mit den aktuellen bildungspolitischen Themen intensiv beschäftigt und wichtige Weichen für die anstehenden Personalratswahlen gestellt.*

## Gedenken, Ehrungen und die Murr-Jazzer

Die Tagung begann mit einem ehrenden Gedenken an den unerwartet verstorbenen Landeschatzmeister Dr. Andreas Horn, dem der Philologenverband sehr viel zu verdanken habe, wie Bernd Saur in seiner Ansprache hervorhob. »Der PhV war so etwas wie seine Familie«, sein Tod hinterließ eine große Lücke im Verband. Im Anschluss daran freute sich Cord Santelmann, Bernd Saur noch zu Lebzeiten für sein großes Engagement im Verband und für die gymnasiale Bildung danken zu können. Er habe es in seiner Zeit als sehr erfolgreicher Landesvorsitzender geschafft, dass der Philologenverband als eine starke Stimme für Bildung im Land wahrgenom-

men werde. Saur dankte für die wertschätzenden Worte und freute sich gemeinsam mit den Versammlungsgästen, dass ihm zu Ehren die Murr-Jazzer Wolfgang Eminger (Gitarre) und Prof. Dr. Wolfram Gruner (E-Bass) unter Leitung des früheren Chefredakteurs der Verbandszeitschrift Hans-Eckhard Giebel den Abend in der Kellerbar sehr kurzweilig mit qualitativ herausragender Jazz-Musik gestalteten.

## Berichte aus dem Verband und über Wahlkampfaktivitäten

Landesvorsitzender Ralf Scholl zeigte sich in seinem Beitrag unter anderem über die Themen Oberstufenreform, Qualitätskonzept und AfD-Denunziationsplattform recht verärgert über so manche Entwicklung. Er forderte zum Beispiel, dass die im Zuge der Umsetzung des Qualitätskonzepts voraussichtlich frei werdenden Fachberaterstellen unbedingt den Schulleitungsteams als zusätzliche A15-Stellen zugeführt werden müssten, um die Schulleitungen zu entlasten. In einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern erkannte Scholl außerdem eine Chance, vielleicht mehr Einstellungen erreichen zu können.

Gerold Brand berichtete dieses Jahr nicht nur über Themen rund um die Pension, sondern wartete mit einer Reihe von Informationen zu Änderungen bei der Beihilfe und zur Datenschutz-Grundverordnung auf.

Die kommenden Personalratswahlen wurden in allen Beiträgen thematisiert. Es berichteten Cord Santelmann aus dem Bezirksvorstand, Pascal Maucher und Anne Käbbohrer von den jungen Philologen sowie Ursula Kampf und Sieglinde Selinka vom Arbeitskreis Arbeitnehmer (AKA) auf Landes- und Bezirksebene. Als Nachfolgerin für die zum Ende des Schuljahres ausscheidende Sieglinde Selinka konnte Ursula Dingler (Markdorf) gewonnen werden. Sie ist selbst Angestellte und kann nach ihrer Tätigkeit in der freien Wirtschaft langjährige Betriebsratserfahrung vorweisen. Thomas Pierdzioch ist Beamter und arbeitet sich an der Seite von Ursula Dingler in die Themen der Angestellten ein.

Ein vierköpfiges Wahlkampfteam (Biehahn, Käbbohrer, Schnitzer, Selinka) leistet schon seit über einem Jahr intensive Vorarbeiten. Zum Auftakt des Wahlkampfs an den Schulen wurden Kugelschreiber und Blöcke verteilt. Weitere Werbemaßnahmen sind schon geplant oder auf dem Weg an die Schulen. Die Delegierten stellten schließlich die Kandidatenlisten für die Wahlen in einer sehr kon-

>> Murr-Jazzer  
Hans-Eckhard Giebel  
an der Violine.





>> Sieglinde Selinka übergibt die Arbeitnehmersvertretung im BPR Tübingen zukünftig ...

>> ... an Ursula Dingler aus Markdorf.



struktiven Stimmung und mit erfreulich einheitlichen Abstimmungsergebnissen auf.

### Aus den Stufenvertretungen

Jörg Sobora (HPR) informierte über unnötige Lehrerausfallversicherungen, die Einstellungssituation und die Erstattung von Reisekosten. Ursula Kampf erklärte die wesentlichen Fortschritte in den Tarifverhandlungen für die



>> Ursula Kampf referiert als Arbeitnehmersvertretung auf Landesebene.

Angestellten. Drei Mitglieder des Bezirkspersonalrats (Biehahn, Hoch-Veser, Käßbohrer) fassten sich mit dem Hinweis auf das nächste BPR-Info kurz, ohne wichtige Punkte wie die Beförderungssituation oder die Erreichbarkeit für anfallende Vertretungsstunden unerwähnt zu lassen. Bei Interesse an ausführlichen Informationen zu den Vorträgen können sich alle Schulvertreter anhand des ausführlichen Protokolls der SVV informieren.

### Chancen und Grenzen der empirischen Bildungsforschung für die Qualitätssicherung im Bildungswesen

Der letzte Tagesordnungspunkt erwies sich auch in diesem Jahr als der Höhepunkt der Veranstaltung. Prof. Dr. phil. Reinhold Nickolaus von der Universität Stuttgart berichtete zunächst ausführlich über die Arbeit der empirischen Bildungsforschung, die verschiedenen Arten von Studien und deren Aussagekraft. Nur Längsschnittstudien könnten Lösungsmöglichkeiten für Probleme aufzeigen, während internationale Vergleichsstudien lediglich Momentaufnahmen seien, aus denen man nur einen grundsätzlichen Handlungsbedarf ableiten könne, jedoch keine Hinweise zu funktionalen pädagogischen Alternativen.

Aus solchen Längsschnittstudien gebe es zum Beispiel Hinweise darauf, dass curriculare Schwerpunktsetzungen für Kompetenzaufbau und Wissenszuwachs wesentlich relevanter seien als methodische Vorgaben. Auch erwiesen sich das Vorwissen und der IQ als die wichtigsten Prädiktoren für den weiteren Lernzuwachs. Bereits vor über zwanzig Jahren sei in einer Metastudie (mit 1763 Einzelstudien) sehr verlässlich und überzeugend nachgewiesen worden, dass der Einfluss von Lehrmethoden mit einem durchschnittlichen Effekt von nur drei Prozent sehr gering sei. Die Tiefenstrukturen des Unterrichts hingegen wurden schon damals als viel entscheidender erkannt. Fatalerweise seien dennoch die Fehlentwicklungen der letzten zwanzig Jahre passiert, bei denen sich Bildungspolitik vornehmlich auf die Sichtstrukturen des Unterrichts konzentriert habe.

Dringend notwendig seien daher systematisch evaluierte Interventionen, die aber auch ihre Grenzen hätten. Dabei sei es kaum möglich, alle potenziellen Einflüsse auf die Ergebnisse zu kontrollieren. Die Neustrukturierung der schulischen Qualitätssicherung in Baden-Württemberg hält Prof. Dr. Nickolaus für eine Chance, wissenschaftliche Erkenntnisse besser zu verbreiten, Unterrichtsmaterialien zentral und professioneller zu erarbeiten und Unterstützungsstrukturen zu etablieren. Dadurch würden Lehrerressourcen gespart und eine deutlich höhere Effektivität ermöglicht als bisher. Als Mitglied im Bildungsbeirat äußerte er den dringenden Wunsch, die notwendigen Veränderungen gemeinsam anzugehen.

Das Feedback der Teilnehmer zu den zwei intensiven Tagen war sehr positiv. Die Tagung endete mit einem Ausblick auf die nächste Schulvertreterversammlung, die am 17. und 18. Oktober 2019 stattfinden wird.

Andreas Müller, Schriftführer Südwürttemberg

Interview mit Prof. Dr. Reinhold Nickolaus

## »Sichtstrukturen und Lernerfolg variieren relativ unabhängig voneinander.«



» Prof. Dr. Reinhold Nickolaus ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Kultusministeriums

*Prof. Dr. Reinhold Nickolaus forscht an der Universität Stuttgart und ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Kultusministeriums. Am Rande der Schulvertreterversammlung des Bezirks Südwürttemberg erklärte er sich zu einem Interview mit Gymnasium Baden-Württemberg bereit:*

**? Herr Prof. Dr. Nickolaus, könnten Sie in wenigen Worten beschreiben, worauf es bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung im Bildungswesen im Wesentlichen ankommt?**

Das zentrale Ziel besteht meines Erachtens darin, für die Schülerinnen und Schüler möglichst gute Entwicklungsbedingungen bereitzustellen, die sowohl bezogen auf fachliche als auch überfachliche Kompetenzentwicklungen vorteilhaft sind. Damit werden zugleich zentrale Voraussetzungen für die gesellschaftliche Partizipation geschaffen. Dass Schule zugleich für Schülerinnen und Schüler

sowie für die Lehrenden Lebensraum ist, der humanitären Ansprüchen gerecht werden soll, ist m.E. ebenfalls konsensfähig und zugleich eine wichtige Bedingung für die Kompetenzentwicklung. Wichtig wird es m.E. bei der künftigen Qualitätsentwicklung, systematisch verfügbares und möglichst gut abgesichertes Wissen zu nutzen und Unterstützungsstrukturen bereitzustellen, die für die Weiterentwicklung des Unterrichts wirksam werden.

**? Welche Potenziale sehen Sie hierbei in der empirischen Forschung?**

Empirische Forschung kann zunächst Orientierungswissen für bildungspolitische und bildungspraktische Entscheidungen bereitstellen, wobei je nach Ausgestaltung der Studien mehr oder weniger Orientierungspotenzial verfügbar wird. So geben die internationalen und nationalen Vergleichsstudien zum Beispiel vor allem Hinweise auf Handlungsbedarfe, stellen aber kein gesichertes Wissen zu alternativen pädagogischen Handlungsprogrammen zur Verfügung. Für die konkrete Weiterentwicklung des Unterrichts sind neben solchen Vergleichsstudien auch Studien notwendig, in welchen die Effekte von alternativen Handlungsprogrammen abgeschätzt werden können und in einem weiteren Schritt, bei nachweislich positiven Effekten, förderliche Implementationsbedingungen identifiziert werden. Hilfreich zur tatsächlichen Schöpfung dieser Potentiale wäre sicherlich auch ein intensiverer Austausch zwischen Forschung und Bildungspraxis sowie Bildungspolitik, als das bisher gegeben ist. Wichtig ist aus meiner Sicht aber auch die Einsicht, dass die empirische Bildungsforschung in ihren Aussagemöglichkei-

ten begrenzt ist. Das gilt nicht nur für die normativen Orientierungen, sondern ebenso für die Aussagemöglichkeiten zu Wirkmechanismen. Angesichts der hohen Komplexität, die wir in den pädagogischen Handlungsfeldern vorfinden, wird m.E. zurecht darauf gesetzt, dass Lehrende als professionell handelnde Akteure ihre Entscheidungen situationsspezifisch und möglichst unter Ausschöpfung der verfügbaren Rationalitätspotenziale treffen. Dabei zu unterstützen und nicht zuletzt praxisbezogenes Orientierungswissen weiterzuentwickeln, ist eine zentrale Aufgabe empirischer Bildungsforschung.

**? Welche Aussagekraft haben Ihrer Einschätzung nach Lernstandserhebungen wie Lernstand 5, VERA 8 und ähnliche Testverfahren tatsächlich?**

Hier würde ich erst einmal sagen, dass es sich um unterschiedliche Verfahren handelt und dass man deren Ziele kennen muss. Gerade PISA und der IQB-Ländertrend haben in Bezug auf den Stand zentraler Kompetenzen eine hohe Aussagekraft. Lernstand 5 und VERA 8 haben dagegen weniger eine Monitoringfunktion, sondern sollen Unterrichtsprozesse unterstützen. Das geht nur, wenn die Lehrkräfte diese Funktionen wirklich nutzen wollen. Und natürlich müssen die Verfahren qualitativ gut gemacht werden. Andere Länder bzw. Bundesländer zeigen, dass eine professionelle Nutzung unterschiedlicher Assessments zur Qualitätsentwicklung im Bildungssystem beitragen kann. Wichtig ist perspektivisch auch die Weiterentwicklung der Lernstandserhebungen mit dem Ziel, möglichst konkretes Orientierungswissen für unterrichtliche Entwicklungen zur Verfügung zu stellen. Aber wir müssen uns des-

sen bewusst sein, dass die verschiedenen Testzuschnitte jeweils spezifische Stärken haben und für unterschiedliche Zwecke auch unterschiedliche Testformen erforderlich sind.

**? In welchen Bereichen sehen Sie in der Qualitätsentwicklung an Gymnasien konkreten Handlungsbedarf?**

Auch am Gymnasium gibt es substantielle Unterschiede in der Unterrichtsqualität (Klassenführung, kognitive Aktivierung, konstruktive Unterstützung), die angegangen werden müssen. Wenn man auf Basis der PISA-Daten von 2015 die gymnasialen und nichtgymnasialen Bereiche zum Beispiel bezogen auf relevante Qualitätsmerkmale des Unterrichts vergleicht, wird bezogen auf die Disziplin (Klassenmanagement) beispielsweise ein deutlicher Vorteil der Gymnasien sichtbar, unbefriedigend fallen für die Gymnasien hingegen die Ergebnisse zur Lernunterstützung aus. Zudem muss auf die heterogener werdenden Lerngruppen angemessen eingegangen werden. Aus den PISA-Daten von 2015 wird im Vergleich zu den vorausgegangenen Datenerhebungen zum Beispiel auch deutlich, dass in Mathematik die Gruppe der besonders Leistungsstarken deutlich kleiner ausfällt, was ich als Hinweis auf Handlungsbedarfe deute. Zugleich haben wir auch an den Gymnasien Leistungsgruppen, die deutlich hinter den angestrebten Zielen zurückbleiben. Hinweise auf Handlungsbedarfe geben zum Beispiel auch Studien zu ungünstigen Interessenentwicklungen im Verlauf der gymnasialen Schulzeit. Als anzunehmende Herausforderung würde ich auch die Reduktion von geschlechtsspezifischen und sonstigen Disparitäten be- greifen.

**? Worauf muss bei immer heterogener werdenden Leistungsgruppen am Gymnasium beim Thema Lernerfolg besonders geachtet werden?**

Heterogene Leistungsgruppen sind zunächst einmal nicht nachteilig, son-

dern können auch von Vorteil sein. Heterogenität kann ja auf sehr viele Merkmale bezogen sein, d.h. nicht nur bezogen auf (vielfältige) Leistungsmerkmale direkt, sondern auch auf Merkmale, die leistungsrelevant werden. Wir haben zum Beispiel auch bei den Selbstkonzepten und bei Motivationsausprägungen erhebliche Varianzen. Wenn wir jene Qualitätsmerkmale in den Blick nehmen, für welche wir mit großer Sicherheit Effekte für die Lernerfolge unterstellen können, so stehen wir bei leistungs heterogenen Gruppen vor der Herausforderung, möglichst adaptiv zu sein und für die unterschiedlichen Leistungsgruppen auch Kompetenzerleben zu ermöglichen, das für die Aufrechterhaltung der Motivation von hoher Bedeutung ist. Eine bedarfsbezogene Unterstützung im Lernprozess ist sicherlich eine zentrale Herausforderung unter solchen Bedingungen. Wenn wir systematisch über- oder unterfordern hat das auch negative Implikationen für die kognitive Aktivierung.

**? Was sind dabei die zentralen Einflussfaktoren auf die Kompetenz-, aber auch auf die motivationale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler?**

Für die Kompetenzentwicklung in den unterschiedlichen Segmenten ist zunächst einmal das einschlägige Vorwissen bedeutsam, aber auch allgemeine kognitive Fähigkeiten und die Lesekompetenz, die zur Erschließung neuen Wissens relevant wird. Hohe prädiktive Kraft kommt zum Beispiel in technischen Domänen auch der mathematischen Kompetenz zu. Neben den kognitiven Voraussetzungen werden auch Qualitätsmerkmale des Unterrichts bedeutsam, wobei insbesondere die sogenannten Tiefenstrukturen (Klassenführung, kognitive Aktivierung, konstruktive Unterstützung) wirksam werden. Wichtig ist auch im Auge zu behalten, dass über curriculare Schwerpunktsetzungen stärker Einfluss auf die Kompetenzentwicklung genommen werden kann als über methodische Entscheidun-

gen, die den sogenannten Sichtstrukturen zuzuordnen sind. Für die Motivationsentwicklung erweisen sich die Grundbedürfnisse des Kompetenzerlebens, soziale Einbindung, Autonomieerleben, Relevanzerleben, das Interesse der Lehrenden an den Inhalten und den Lernfortschritten der Lernenden, Qualitätsmerkmale wie Klarheit und Strukturiertheit und die Vermeidung von (systematischer) Überforderung als bedeutsam. Auch kognitive Konflikte können motivierende Wirkung entfalten. Letztlich resultieren die Motivationsentwicklungen aus einem Zusammenspiel von situationalen und individuellen Merkmalen, das wir als Pädagogen über die angeführten Einflussfaktoren beeinflussen können.

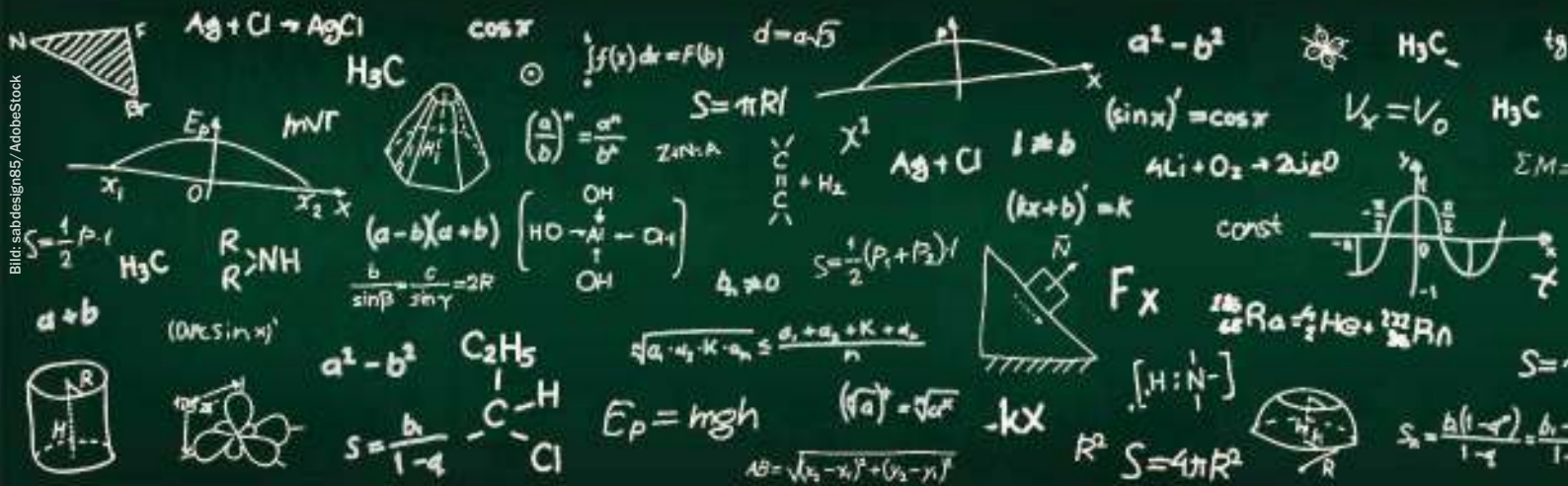
**? Ist in der empirischen Forschung ein konkreter kausaler Zusammenhang zwischen Sichtstrukturen und Lernerfolg zu beobachten?**

Sichtstrukturen und Lernerfolg variieren relativ unabhängig voneinander. Mit anderen Worten: Erwartungen über die Merkmale, die wir den Sichtstrukturen zuordnen, den Lernerfolg steuern zu können, erweisen sich als wenig tragfähig. Es bleibt allerdings auch zu beachten, dass bezogen auf spezifische Kompetenzfacetten durchaus Vorteile unter der einen oder anderen Bedingung bestehen können. So sind zum Beispiel für die Entwicklung von Einstellungen und Orientierungen andere Settings erfolgversprechend als für den Aufbau von Wissen.

**? Und wie sieht dies bei Tiefenstrukturen des Unterrichts aus?**

Die Tiefenstrukturen sind wesentlich enger als die Sichtstrukturen mit Lernerfolgen assoziiert. Das ist auch bereits in älteren Metastudien sichtbar, in welchen für die methodischen Grundentscheidungen geringe, für die Qualität innerhalb der Methoden hingegen deutlich stärkere Zusammenhänge ausgewiesen wurden. Diese Befundlage ist stabil.





## ? Ist insgesamt ein Überdenken der Kompetenzorientierung notwendig?

Dazu scheint es mir zunächst notwendig zu klären, was wir unter Kompetenzorientierung verstehen wollen. Wenn damit gemeint ist, dass wir nicht nur auf den Aufbau deklarativen Wissens achten sollen, sondern auch dessen Anwendungsfähigkeit im Blick haben sollten, bin ich ein Verfechter der Kompetenzorientierung. Wenn damit primär der Effekt verbunden wäre, dass relativ abstrakte Kompetenzbezeichnungen nicht weiter bzw. nicht hinreichend konkretisiert werden und mehr oder weniger Beliebigkeit Platz greift, würde ich die Notwendigkeit sehen nachzusteuern. Es ist m.E. auch ein Missverständnis, dass Kompetenzen ohne Bindung an Inhalte aufgebaut werden können. Kompetenzen im Sinne der Anwendungsfähigkeit von Wissen in unterschiedlichen Kontexten machen Inhalte erst sinnvoll und qualifizieren sie. Und umgekehrt erweist sich das inhaltliche Wissen empirisch als stärkster Prädiktor fachlicher Problemlösekompetenzen.

## ? Welche Konsequenzen bringen die Umstrukturierungen im Kulturbereich Ihrer Meinung nach mit sich?

Ziel ist es ja, zunächst möglichst effektive und effiziente Unterstützungsstrukturen für die Qualitätsentwicklung zu sichern. Um das zu erreichen, werden einerseits die beiden neuen Institutionen geschaffen, zum anderen

sollen Zuständigkeiten klarer geregelt und damit die Zielerreichung gestützt werden. Wichtig wird es sein, die Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen systematisch in die Entwicklungsprozesse einzubinden, was insbesondere die Aktivitäten im Zentrum für Schulentwicklung und Lehrerbildung mit bestimmen wird. Notwendig werden mit Sicherheit auch Fortbildungsmaßnahmen auf den unterschiedlichen Ebenen. Die organisatorischen Änderungen sind dazu gedacht, die Einlösung der primären Ziele wahrscheinlicher zu machen. Beim gegenwärtigen Stand können wir davon ausgehen, dass damit zunächst nur Rahmenbedingungen geschaffen werden, die im weiteren Entwicklungsprozess mit „Leben gefüllt“ werden müssen. Personelle Implikationen der Umstrukturierungen hatte ich bereits mit dem Verweis auf Fortbildungsnotwendigkeiten angedeutet. Für die Ausbildung der Lehrkräfte, auch für die unterschiedlichen Funktionsstellen, gilt das gleichermaßen, und im Institut für Bildungsanalysen werden künftig auch spezifische Kompetenzen notwendig sein, die auch Rekrutierungen aus dem wissenschaftlichen Bereich erfordern.

## ? Könnten Sie kurz die Aufgaben des wissenschaftlichen Beirats in diesem Prozess erläutern?

Der wissenschaftliche Beirat wurde einberufen, um die Qualitätsentwicklungsprozesse, insbesondere auch die Arbeit in den beiden neuen Einheiten, die dazu beitragen werden, kri-

tisch-konstruktiv zu begleiten. Im Vorfeld deren Einrichtung sind wir vor allem mit unterschiedlichen Arbeitsgruppen des Ministeriums im Austausch zur Ausgestaltung der Prozesse, geben beispielsweise Hinweise zur Ausgestaltung von Assessments, zu Change Prozessen zur Ausgestaltung von Schulversuchen etc. Wir halten es für zweckmäßig, uns nicht in die Tagespolitik einzubringen, sondern dabei zu unterstützen, Evidenzorientierung möglichst breit Wirklichkeit werden zu lassen.

## ? Wie sehen Sie die Zukunft des Gymnasiums in Baden-Württemberg?

Ich unterstelle, dass die Lehrkräfte und die Schulleitungen der Gymnasien auch in hohem Grade selbst daran interessiert sind, dem Prinzip der Evidenzorientierung Geltung zu verschaffen, dass sie sich in diese Prozesse kritisch konstruktiv einbringen und daran mitwirken, die Schülerinnen und Schüler sehr gut auf eine Beteiligung an der Weiterentwicklung unserer international verflochtenen Gesellschaft vorzubereiten. Dass wir darin in allen Bereichen des Bildungssystems noch besser werden sollten, auch an den Gymnasien, unterstelle ich als konsensfähig. Damit verbinde ich zugleich die Erwartung, dass wir auch in Zukunft die Gymnasien als Einheiten begreifen können, in welchen (sichtbar) neben hohen Leistungen in allen Bereichen auch auf die Übernahme von Verantwortung vorbereitet wird.

Vielen Dank für das Interview!

# Personalräteschulung der PhV-Stufenpersonalräte

**A**m 19. September fand in Stuttgart eine ganztägige Personalräteschulung des Philologenverbandes für seine Funktionsträger im Hauptpersonalrat und in den vier Bezirkspersonalräten statt.

Ein Hauptthema waren die Personalratswahlen 2019 (von der Wählbarkeit über die Fristen und den Wahlablauf bis zur eigentlichen Wahlorganisation) – kompetent geschult durch den Vorsitzenden des Hauptwahlvorstands, Martin Brenner.

Weitere Themen waren unter anderem die viel zu kurzen Abiturkorrekturzeiten für die letzten Prüfungsfächer des schriftlichen Abiturs, das Qualitätskonzept des Kultusministeriums und seine Auswirkungen auf das Landesinstitut für Schulentwicklung sowie die Seminare und Lehrerfortbildungsakademien.

Die Fotos geben einen anschaulichen Einblick in die intensive Arbeit.

Ralf Scholl

>> v.l.n.r.: Joachim Schröder, Claudia Hildenbrand und Martin Stroh vom Bezirksverband Südbaden.



>> Die Teilnehmer aus den vier Bezirkspersonalräten und dem Hauptpersonalrat im Gespräch.

## Vielfältiges Programm bei der Personalräteschulung des PhV-Nordbaden in Bad Herrenalb

# Schulexperten beraten Personalräte

**A**m 16. und 17. Oktober fand in Bad Herrenalb in der Evangelischen Akademie Baden die jährliche Personalräteschulung statt, zu der sich über sechzig interessierte Kolleginnen und Kollegen eingefunden hatten.

Björn Sieper, Vorsitzender des BPR Karlsruhe, gab nach seiner Begrüßung einen Überblick über die aktuellen Themen im BPR und informierte in diesem Zusammenhang auch über die Möglichkeiten der A14-Beförderungen im konventionellen Verfahren.

Aus dem Hauptpersonalrat berichtete Ralf Scholl. Großes Ärgernis seien die geringen Einstellungszahlen im gymnasialen Bereich: Rund 2000 Bewerberinnen und Bewerber hätten in Baden-Württemberg keine Stelle bekommen. Vor dem Hintergrund geringer Pensionierungszahlen steht zu befürchten, dass sich die Einstellungssituation in den nächsten Jahren noch weiter

>> Die Bezirkspersonalräte beantworten Fragen auf der Personalräteschulung in der Evangelischen Akademie Baden.



verschlechtern wird. Weiter verschärft werde die Situation, wenn in vier Jahren die Übernahmegarantie für die 187 in der Grundschule eingestellten Gymnasiallehrkräfte umgesetzt werde.

Zu den kurzen Abiturkorrekturzeiten erläuterte Ralf Scholl, dass es trotz vieler Gespräche mit den Verantwortlichen im Ministerium zu keiner befriedigenden Lösung gekommen sei. Der HPR habe den gerichtlichen Weg eingeleitet, gestützt durch die Umfrageergebnisse zur Korrekturzeit.

Zur neuen Oberstufe wies Ralf Scholl darauf hin, dass die Lehrpläne von 2016 weiterhin gültig seien. In den fünfstündigen Kursen solle die zusätzliche Stunde zum 'Üben und Vertiefen' genutzt werden. Lediglich für die künftig dreistündigen Kurse werde es neue Lehrpläne geben. Diese befinden sich derzeit in der Anhörung.

Von Seiten des Regierungspräsidiums Karlsruhe informierte die Leiterin des Gymnasialreferates, Dagmar Ruder-Aichelin, und stellte sich den Fragen der Schulungsteilnehmer. Sie erwähnte, dass der in den Medien wiederholt zitierte Lehrermangel nicht für den Gymnasialbereich in Baden-Württemberg gelte. Im Bereich des RP Karlsruhe konnten alle Stellen besetzt werden. Lediglich Bildende Kunst, Physik und Informatik gälten noch als 'Mangelfächer'.

Dagmar Ruder-Aichelin erläuterte das neue Qualitätskonzept des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Das bisherige Landesinstitut für Schulentwicklung werde aufgelöst und durch ein 'Institut für Bildungsanalysen' ersetzt. Daneben werde ein 'Zentrum für Lehreraus- und Lehrerfortbildung' gegründet, dem sechs Regionalstellen angegliedert seien, davon zwei im Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe.

Als Schulrechtsexperte bereicherte Ministerialrat a.D. Johannes Lambert die Tagung, der in seinem Vortrag rechtliche Aspekte im Zusammenspiel schulischer Gremien darstellte und an praktischen Beispielen erläuterte.

Einen breiten Raum nahmen an beiden Tagen die Fragerunden ein, in denen die PhV-Experten aus dem BPR Karlsruhe zahlreiche Fragen aus dem Schulalltag der anwesenden örtlichen Personalräte beantworteten. Als Grundlage diente ein Impulsreferat von Stephan Neubrand zum Thema 'Rechte und Pflichten des ÖPR'.

Ursula Kampf, die Vorsitzende des Arbeitskreises Arbeitnehmer des Philologenverbandes, erläuterte die Besonderheiten dieser Beschäftigtengruppe. Helmut Hauser, Vorsitzender des Bezirkswahlvorstandes im Bereich des RP Karlsruhe, wies auf die im Mai 2019 stattfindenden Personalratswahlen sowie die damit verbundenen Aufgaben hin. Die Personalräteschulung war für alle Teilnehmer eine informative und abwechslungsreiche Veranstaltung.

**Helmut Hauser**

## Termine in den Bezirken

### ► Bezirk Nordbaden

**7. November 2018** Vortrag *Paul Liessmann* am Justus-Knecht-Gymnasium Bruchsal

**29. November 2018** Schulung für örtliche Wahlvorstände am Thomas-Mann-Gymnasium Stutensee

**21./22. März 2019** Schulvertreterversammlung

### ► Bezirk Nordwürttemberg

**7. Dezember 2018** von 14:30 Uhr bis 17:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle | Thema: Auffällig unauffällig – stille und gehemmte Schülerinnen und Schüler | Referentin: *Judith Maschke*

**11. Januar 2019** von 14:30 Uhr bis 17:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle | Thema: Sprachbildung – Sprache und Stimme als Grundlage der Kommunikation | Referentin: *Sibylle Jelgersma*

### ► ÖPR- bzw. ÖWV-Schulungen in Nordwürttemberg

**5. Dezember 2018** ab 10:00 Uhr | ÖPR-Grundschulung (Teil 5) im RP Stuttgart, Europasaal.

**17. Dezember 2018** ab 10:00 Uhr | ÖPR-Grundschulung (Teil 5) im RP Stuttgart, Raum Württemberg.

**5. Dezember 2018** ab 14:00 Uhr | Schulung für Örtliche Wahlvorstände (für die Personalratswahlen 2019) im RP Stuttgart, Europasaal.

**17. Dezember 2018** ab 14:00 Uhr | Schulung für Örtliche Wahlvorstände (für die Personalratswahlen 2019) im RP Stuttgart, Raum Württemberg.

*Die Anzahl der Plätze ist jeweils beschränkt.*

*Anmeldungen über die PhV-Geschäftsstelle unter [info@phv-bw.de](mailto:info@phv-bw.de) mit Angabe von Namen, Schule, Funktion, gewünschtem Termin und E-Mail-Adresse (wegen Rückmeldung bei Überbuchung).*

### ► Bezirk Südbaden

**8. November 2018** Schulvertreterversammlung in Saig mit Festlegung der Kandidatenlisten | Referenten: *Ralf Scholl* und *Karin Fetzner*.

**19. November 2018** Team-Tag | eine Veranstaltung für SL und ÖPR zur Stärkung der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Dafür haben wir schon sehr viele Anmeldungen. Wir machen das zum dritten Mal und erfahren viel positive Resonanz.

### ► Bezirk Südwürttemberg

**7. November 2018** von 16:00 Uhr bis 17:30 Uhr | Fortbildung | Thema: Pension | Kreisgymnasium Riedlingen.

**3. Dezember 2018** von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr | Fortbildung für Örtliche Wahlvorstände und ÖPR-Mitglieder mit dem Schwerpunktthema »Personalratswahlen Mai 2019« im RP Tübingen.

*Anmerkung der Redaktion: Die Veröffentlichungen der Termine obliegen den einzelnen Bezirken. Da das Erscheinen von 'Gymnasium Baden-Württemberg' an das Magazin 'Profil' gekoppelt ist, kann es bei einigen Terminen zu einer verspäteten Drucklegung kommen. Wir bitten um Ihr Verständnis.*

# Teilhabe: VIELFALT wertschätzen (internationale Perspektiven)

Bericht von der Tagung für Schwerbehindertenvertretung vom 10. bis 12. Oktober 2018 in Bad Boll

**D**er Philologenverband Baden-Württemberg arbeitet sich innerverbandlich in einen Bereich ein, der noch viel Unterstützung braucht: die Schwerbehindertenvertretung. Bernd Saur wurde in diesem Sommer vom Landesvorstand zum 'Ansprechpartner für Schwerbehinderte im PhV' gewählt, Andrea Wessel erhielt diese Funktion im Bezirk Nordwürttemberg. In dieser Funktion folgte sie der Einladung zu dieser Tagung, an welcher Schwerbehindertenvertretungen von Behörden, Dienststellen, aber auch von kleineren und größeren Unternehmen teilnahmen.

## Ein paar Fakten und Eindrücke von dieser Tagung

- Eine Person wird als schwerbehindert bezeichnet ab einem Grad der Behinderung von 50 Prozent (GdB 50). Ab einem GdB 30 kann Gleichstellung beantragt werden.  
Zuständig für die Beantragung und Einstufung der Behinderung ist das jeweilige Landratsamt. Für die Beantragung der Gleichstellung ist die Agentur für Arbeit zuständig. Je nach Grad der Behinderung besteht das Anrecht auf einen Nachteilsausgleich.
- Dienststellen, also auch Gymnasien, mit mindestens fünf Schwerbehinderten können eine eige-

- ne Schwerbehindertenvertretung wählen.
- Die Wahlen finden alle vier Jahre statt. Zwischen dem 1. Oktober und dem 30. November 2018 werden die Örtlichen Schwerbehindertenvertrauenspersonen (ÖVP) und mindestens je eine stellvertretende Vertrauensperson gewählt. Die Wahlen auf der Bezirksebene (BVP) finden im Dezember/Januar statt und die Wahlen zur Hauptvertrauensperson (HVP) dann im Februar/März. Wählbar sind nicht nur Schwerbehinderte, sondern auch gesunde Personen, die Interesse an der Beratungstätigkeit für behinderte Menschen haben. Wahlberechtigt sind alle schwerbehinderten und gleichgestellten Lehrkräfte, die im Wählerverzeichnis aufgeführt sind.  
Über die Wahlen steht Näheres im Sozialgesetzbuch §177 SGB IX.
  - Es besteht die Möglichkeit, sowohl Personalrat als auch Schwerbehindertenvertreter zu sein. Viele Schwerbehindertenvertretungen, aber bei weitem nicht alle, sind gewerkschaftlich organisiert.
  - Zuständig für Leistungen, die ein Schwerbehinderter beantragen kann, um an der Arbeitswelt teilhaben zu können, ist das Integrationsamt (neuer Name 'Inklusionsamt'). Mittlerweile gibt

- es schon weit über eine Million schwerbehinderte Arbeitnehmer und Beamte in Deutschland. Die Ausgaben steigen stetig, da mit der gestiegenen Lebensarbeitszeit auch mehr Leistung nötig wird.
- Die Leistungen, die zur Teilhabe an der Arbeitswelt nötig sind (zum Beispiel Rollstuhl) werden in der digitalen Leistungs-App unter: [www.leistungsnavi.integrationsaemter.de](http://www.leistungsnavi.integrationsaemter.de) aufgeführt.
- Bei einem Bildvortrag zur Internationalität der Teilhabe wurde am Beispiel von Australien beeindruckend dargestellt, wie weit ein Land in diesem Bereich schon sein kann.  
In Australien spricht man nicht von Behinderten, sondern von Personen mit 'special needs' und stellt sich von vornherein auf die besonderen Bedürfnisse dieser Personen ein. Man geht immer von der Frage aus »Was braucht dieser Mensch?« und entsprechend wird dann agiert. Dies zeigt sich angefangen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zu den Schulen. Jede Lehrkraft in Australien ist für die besonderen Bedürfnisse Behinderter und Kranker ausgebildet und somit kann jedes Kind in eine Regelschule eingeschult werden, aber auch in einer Förderschule besonders gezielt be-

- treut werden. In Deutschland sind wir leider noch weit von solchen Verhältnissen einer Wahl der besten Möglichkeit entfernt.
- In der Arbeitsgruppe 'Schwerbehinderung am Arbeitsplatz Schule' wurde herausgearbeitet, welche wichtige Funktion die Schwerbehindertenvertretung bei der Einstellung von Lehrkräften hat. Es kam dabei auch die interessante Frage auf, warum es noch keine Liste der barrierefreien Schulen in Baden-Württemberg gibt. Solch eine Liste wäre für Einstellungen oder Versetzungen von schwerbehinderten Menschen äußerst nützlich. – Auch hier gibt es noch viel zu tun!
  - Eine von Juristen geleitete Arbeitsgruppe ging auf die Frage ein, wie man im Gleichstellungsverfahren bei Antragstellung, Widerspruch und Klageverfahren zu seinem Recht kommt. Dass dies überhaupt so schwierig ist, dürfte bei kranken Menschen eigentlich gar nicht sein, haben sie doch noch weniger Energie für juristische Verfahren als Gesunde.
  - In der Arbeitsgruppe 'Hochsensible Personen' wurde auf Menschen eingegangen, die körperlich sensibler als andere und durch diese Sensibilität in der Arbeitswelt weniger belastbar sind. Hochsensibilität betrifft laut der

Referentin jeden fünften bis sechsten Menschen. Diese Gruppe von Menschen benötigt mehr Ruhe, Bewegung, Sport und Schlaf als die Mehrheit und wird bei Nichtbeachtung dieser körperlichen Grundbedürfnisse krank. Für viele Teilnehmer war dieses Thema völlig neu. Ein spezieller Fragebogen diente zur Selbstprüfung und Bewusstmachung, ob man zur Gruppe der hochsensiblen Menschen gehört, um dann zukünftig mehr auf sich zu achten. Von einer Berücksichtigung und Unterstützung durch Staat und Arbeitgeber sind wir auf diesem Gebiet noch weit entfernt!

## Fazit

Die Vielfalt der Angebote auf dieser Tagung zeigte, wie umfangreich die Themen der Schwerbehindertenvertretung sind und dass viel Zeit und Fortbildung nötig ist, um gut und angemessen beraten zu können. Immerhin ist es zugelassen, dass auch stellvertretende Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen an Fortbildungen teilnehmen.

Vielen Dank an alle aktiven Verbandsmitglieder, die sich – wie ich – für die diesjährige Wahl zur Schwerbehindertenvertrauensperson aufstellen lassen und sich für die Rechte der schwerbehinderten und kranken Kolleginnen und Kollegen einsetzen wollen. Es ist ein weites Feld, das immer mehr an Bedeutung gewinnt und vom Staat noch zu häufig stiefmütterlich behandelt wird.

**Andrea Wessel,**  
stellvertretende Bezirksvorsitzende  
Nordwürttemberg

## Zum Ansinnen der Ministerin, den Vertretungsunterricht zu analysieren

(s.: Pressemitteilung des Kultusministeriums Nr. 75/2018 vom 30. Oktober 2018)

**D**as Ansinnen der Ministerin: Sie will bei ihren Vollerhebungen, die dreimal im Jahr stattfinden sollen, aufgeschlüsselt haben, was die einzelne Schule unternimmt, »um Unterrichtsausfall zu vermeiden«. Es werden aufgezählt: Fachunterricht im gleichen Fach, Fachunterricht in einem anderen Fach, beaufsichtigtes Arbeiten – zum Beispiel mit Arbeitsblättern – im gleichen Fach, sonstige Maßnahmen. Als Begründung wird genannt, man wolle auf Unterrichtsausfälle »passgenauer reagieren ... können.« Was passgenau heißen soll, wird nicht näher erläutert.

Was bedeutet das am Gymnasium? Rollt da eine zusätzliche Arbeitslawine auf uns zu?

Der tägliche Vertretungsplan ist in der Regel ein Ad-hoc-Geschäft. Als Lehrkraft weiß man morgens nicht, in welcher Klasse und in welchem Fach man evtl. vertreten muss. Wenn eine Fachlehrkraft zur Verfügung steht, ist das Zufall. Woher sollen die Arbeitsblätter kommen? Von der erkrankten Lehrkraft? Wohl eher nicht. Man könnte sich vorstellen, dass für alle Klassen in allen Fächern und zu jedem

Stoffgebiet Arbeitsblätter vorrätig sind. Das ergäbe mehrere Meter Aktenordner, die in Mehrarbeit erstellt und gepflegt werden müssen. Oder jede Lehrkraft unterrichtet irgendetwas aus ihrem Fachgebiet: Auch das ist Mehrarbeit, die wir nicht ohne Weiteres akzeptieren sollten.

Nicht zu vergessen: Man weiß nie, auf welche Schüler man trifft, wie viel Kraft es kostet, in fremden Klassen allein Disziplin einzufordern. In solchen Klassen ist Arbeitsblätter-Unterricht von einer Nicht-Fachlehrkraft schwer umzusetzen.

Meine Befürchtung: Es könnte jedes Gymnasium verpflichtet werden, ein Vertretungskonzept zu erstellen. Das gäbe den Eltern Kriterien an die Hand, deren Umsetzung sie kontrollieren können – die Frau Ministerin hätte Frieden an dieser Front und die Kolleginnen und Kollegen halten am Ende den Kopf hin.

Professor Bauer aus Freiburg, der zur Lehrgesundheit forscht, sagte einmal: Der Lehrerberuf ist Schwerstarbeit im Klassenzimmer. Schwerstarbeiter müssen, damit sie einigermaßen gesund bleiben, entlastet und nicht mehr belastet werden – das ist einfachste Logik. **E.J.**

## Schülerwettbewerbe 2019 – 1. Quartal

### Bundeswettbewerb 'Jugend komponiert'

*Einsendeschluss: 5. Januar 2019* | Die Jeunesses Musicales Deutschland veranstaltet für junge Komponierende im Alter von 12 bis 22 Jahren 2019 den '34. Bundeswettbewerb Jugend komponiert'. Zu gewinnen gibt es dreißig Bundes- und Förderpreise, die ein Vollstipendium für eine Kompositionswerkstatt in der Musikakademie Schloss Weikersheim beinhalten.

Quelle: <https://www.jugend-komponiert.org/bjk/wettbewerb-2019/>

### Businessplan- und Planspiel-Wettbewerb 'Jugend gründet'

*Einsendeschluss: 11. Januar 2019* | Schülerinnen und Schüler können eine innovative Geschäftsidee entwickeln, bei der Nachhaltigkeit wichtig ist. Mithilfe einer Eingabemaske auf der Website des Wettbewerbs erstellen sie einen Businessplan.

Im zweiten Halbjahr startet ein Planspiel, das darauf abzielt, ein virtuelles Unternehmen mit möglichst nachhaltigen unternehmerischen Entscheidungen zu führen.

Lehrkräfte können in kostenlosen Webinaren Informationen über den Wettbewerb erhalten.

Quelle: <https://www.jugend-gruendet.de/>

### 66. Europäischer Wettbewerb

*Einsendeschluss: 8. Januar 2019* | 'YOUrope – es geht um dich!' Schülerinnen und Schüler sind eingeladen, sich aktiv für die Zukunft Europas einzusetzen. – Je nach Jahrgangsstufe stehen unterschiedliche Module zur Auswahl.

Quelle: <https://europa-zentrum.de/ewbw/>

**S.G.**



Bild: Raw8/AdobeStock

### Neue Rechtslage:

## Ab sofort besteht ein Anspruch auf Reisekosten für außerunterrichtliche Veranstaltungen

**A**ufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Oktober 2018 haben verbeamtete Lehrkräfte nach Genehmigung außerunterrichtlicher Veranstaltungen durch den Dienstherrn immer vollen Reisekostenanspruch. Der Dienstherr kann sich nicht auf den Teilverzicht berufen, da es sich um eine unzulässige Rechtsausübung handelt. Auch verbeamteten Lehrkräften, die eine vollständige oder Teil-Verzichtserklärung abgegeben haben, steht damit ein Anspruch auf die vollen Reisekosten zu. Diese Regelung gilt ab sofort. Inwieweit sie auch rückwirkend Gültigkeit hat, ist derzeit noch nicht klar.

Zur Zeit wird juristisch geprüft, ob sich ein rückwirkender, voller Erstattungsanspruch für Fahrten in den zurückliegenden Jahren auch nachträglich durchsetzen lässt. Der Philologenverband Baden-Württemberg wird rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2018 über das weitere Vorgehen informieren.

### Was können Sie tun?

**1. Sie wollen eine außerunterrichtliche Veranstaltung unternehmen?** – Solange die alten Formulare noch verwendet werden, spielt es keine Rolle mehr, ob Sie auf Ihren Reisekostenanspruch ganz oder teilweise verzichten: Sie haben immer Anspruch auf volle Erstattung. Die Abfrage des Reise-

kostenverzichts darf künftig nicht mehr Bestandteil der Reisegenehmigung sein.

- 2. Sie wollen Reisekosten von einer außerunterrichtlichen Veranstaltung aus den letzten sechs Monaten abrechnen?** – Rechnen Sie die vollen Reisekosten ab, auch wenn Sie einen (Teil-)Verzicht ausgesprochen haben! Da die Abfrage auf einen Verzicht nach BVerwG-Urteil rechtlich unzulässig ist, ist Ihr (Teil-)Verzicht damit rechtlich ohne Belang.
- 3. Sie haben Reisekosten von einer Fahrt im letzten halben Jahr mit (Teil-)Verzicht abgerechnet und haben den entsprechenden Bescheid erhalten?** – Dann legen Sie bitte sofort Widerspruch ein und verlangen Sie mit Verweis auf das Urteil vom 23. Oktober 2018 (BVerwG 5 C 9.17) die Auszahlung der vollen Reisekosten! Dies gilt auch, wenn die Widerspruchsfrist bereits verstrichen ist.
- 4. Sie haben in den letzten Jahren – aber vor mehr als einem halben Jahr – eine außerunterrichtliche Veranstaltung unternommen und aufgrund eines (Teil-)Verzichts auf die Reisekosten einen Reisekostenbescheid erhalten?** – Warten Sie ab! Der Philologenverband Baden-Württemberg wird Sie rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2018 informieren, ob es eine Möglichkeit gibt, noch nachträglich die vollen Reisekosten zu beantragen.

## Kommentar zum Reisekostenurteil

**D**ass Lehrkräfte sich bei der Beantragung einer Klassenfahrt entscheiden mussten: »Bezahle ich meine Fahrtkosten ganz oder teilweise aus eigener Tasche, oder fällt die Fahrt aus, weil die Schule meine Kosten nicht bezahlen kann?«, das gab es nur im reichen Baden-Württemberg. Gut, dass diese jahrzehntelange Praxis endlich vom Tisch ist! – Diese Abfrage ist unzulässig, wie die Richter des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) entschieden haben.

Beschämend ist, dass dieses Urteil überhaupt nötig wurde, weil das Land die schon 2012 vom Bundesarbeitsgericht festgestellte Unzulässigkeit des Reisekostenverzichts für Lehrkräfte im Arbeitnehmersverhältnis nicht auf seine verbeamteten Lehrkräfte übertragen wollte, solange kein höchstrichterliches Urteil für die Beamten vorlag.

Dieses Urteil ist darüber hinaus eine schallende Ohrfeige für die Richter am Verwaltungsgerichtshof Mannheim, die in gleicher Sache als Vorinstanz geurteilt hatten, dass diese baden-württembergische Praxis rechtlich nicht zu beanstanden sei und gegen ihr Urteil nicht einmal Revision zugelassen hatten. Die Rechtsbeschwerde des klagenden Realschullehrers beim Bundesverwaltungsgericht führte zum jetzigen Erfolg: Das BVerwG erkannte in der baden-württembergischen Praxis eine unzulässige Rechtsausübung: Die Reisegenehmigung darf nicht von einem Verzicht der Lehrkräfte auf ihnen zustehende Reisekosten abhängig gemacht werden, nur weil das Land den Schulen zu geringe Reisekosten-Etats bereitstellt. Die entsprechende Abfrage im Formular verletzt den beamtenrechtlichen Fürsorgegrundsatz.

Gut so! – Der Philologenverband hat das Kultusministerium umgehend aufgefordert, aus den Formularen für eine Reisegenehmigung die Abfragen auf Verzicht bzw. Teilverzicht der Reisekosten schnellstmöglich zu entfernen und die Reisekosten-Etats der Schulen deutlich zu erhöhen.

Ralf Scholl  
Vorsitzender des PhV BW

# GBW-Übergabe an neues Redaktionsteam

Unser langjähriger verantwortlicher Redakteur Hans-Eckhard Giebel übergab am 13. Oktober 2018 in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart unsere Verbandszeitschrift *Gymnasium Baden-Württemberg* an das neue Redaktionsteam. Nach dem unerwarteten Tod von Dr. Andreas Horn übernahm Hans-Eckhard Giebel wie selbstverständlich noch einmal die Amtsgeschäfte rund um die Zeitschrift des PhV BW, die er schon einmal bis 2010 versehen hatte. Während seiner Studienzeit hatte er intensiven Kontakt zur Redaktionsarbeit entwickelt, da seine Familie eine Regionalzeitung in Niedersachsen führte. Er lernte somit das Redaktionshandwerk von der Pike auf. Seiner unglaublichen Routine ist das rechtzeitige Erscheinen der letzten Ausgabe zu verdanken, welche in dieser Vorlaufzeit nur von einem Profi allein gestemmt werden konnte. Nach einer kurzen und intensiven Einarbeitung steht uns der Maestro glücklicherweise weiterhin mit all seiner Erfahrung zur Seite, wenn auch nicht mehr in Vollzeit und in vollem Umfang. Das neue Redaktionsteam setzt sich aus mehreren Bezirken und den JuPhi zusammen und begann direkt im Anschluss an die konstituierende Sitzung mit der Redaktionsarbeit. Dabei wurden bereits die Aufgaben für diese Ausgabe verteilt. In diesem Heft sehen Sie das Ergebnis unserer Arbeit. Im Namen des PhV BW und des neuen Redaktionsteams möchten wir Hans-Eckhard



>> Das neue Redaktionsteam mit Hans-Eckhard Giebel  
v.l.n.r.: Enver Groß, Anne Käßbohrer, Helmut Hauser, Hans-Eckhard Giebel, Sabine Grobe, Edelgard Jauch. Nicht abgebildet: Richard Zöller.

Giebel und auch dem verstorbenen Dr. Andreas Horn für ihren unermüdlichen Einsatz in der Redaktion unserer Zeitschrift danken. Wir werden Dr. Andreas Horn ein ehrendes Andenken bewahren. Wer Lust auf Redaktionsarbeit in unserer Verbandszeitschrift hat, meldet sich beim verantwortlichen Redakteur (s. Seite 2 dieser Ausgabe).

Enver Groß

## Fortbildungsangebote

### Angebote der Universitäten für Lehrkräfte in Baden-Württemberg

#### Universität Konstanz

##### 1. Bereich Binational School of Education

- Die aktuellen Vorträge finden Sie auf der BiSE-Homepage unter 'Termine und Veranstaltungen':  
<https://www.bise.uni-konstanz.de/termine-und-veranstaltungen>

##### 2. Bereich Zentrale Studienberatung

- Die Zentrale Studienberatung versendet etwa drei- bis viermal pro Jahr einen Newsletter für Lehrerinnen und Lehrer, um zu informieren, welche Aktivitäten aktuell geplant sind. Die Kontakt-Mail für die Eintragung in den Newsletter ist [info.zsb@uni.kn](mailto:info.zsb@uni.kn) | Neben einer Mailadresse bittet das Team der Zentralen Studienberatung um Angabe von Name und Schule sowie Schulort.

#### Universität Ulm

- **Kolloquium für Physiklehrende** im Wintersemester 2018/2019  
Veranstalter: Fachbereich Physik der Universität Ulm | Ort: Physik – Hörsaal H 2 | Universität Ulm
- **Die Schwäche alternder Zellen**  
Dienstag, 11. Dezember 2018, 16:15 Uhr | Kay Gottschalk | Institut für experimentelle Physik | Universität Ulm
- **»First we guess it.« Richard Feynman. Was macht eigentlich Wissenschaft aus?**  
Dienstag, 15. Januar 2019, 16:15 Uhr | Peter Eckle | Humboldt-Studienzentrum | Universität Ulm
- **Materiewellen als Sensoren im Weltraum**  
Dienstag, 12. Februar 2019, 16:15 Uhr | Enno Giese | Institut für Quantenphysik | Universität Ulm

Zusammenfassungen zu den Vorträgen finden Sie auf der Homepage des Instituts für Quantenphysik, Universität Ulm unter der Rubrik *Seminare und Kolloquien für Physiklehrende*. Die Veranstaltung wird von den Abteilungen Schule und Bildung der Regierungspräsidien in Tübingen und Stuttgart als Fortbildungsmaßnahme empfohlen. Leider können keine Reisekosten erstattet werden. Für die teilnehmenden Lehrkräfte besteht aber Unfallschutz im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Rückfragen: Matthias Freyberger | Institut für Quantenphysik, Universität Ulm | Telefon: 07 31 / 50-2 30 85 |  
E-Mail: [lehrerkolloquium.physik@uni-ulm.de](mailto:lehrerkolloquium.physik@uni-ulm.de)

Kommentar

# Gymnasium – quo vadis?

Was macht einen guten Gymnasiallehrer aus? Sicherlich könnte man hier einen ganzen Kriterienkatalog anführen, alles steht und fällt jedoch mit einer guten Ausbildung. Als vor einigen Jahren, damals noch unter grün-rot, der Gedanke aufkam, die gymnasiale Ausbildung könne doch an die anderen Lehramtsausbildungen angeschlossen werden und somit an die Pädagogischen Hochschulen übergehen, ging ein Aufschrei durch unsere Schulen. Nun wollte das Kultusministerium zusätzlich zum miserablen Abschneiden unserer Schülerinnen und Schüler bei Ländervergleichen unsere fachwissenschaftliche Ausbildung kürzen. Natürlich haben Pädagogische Hochschulen ihre Berechtigung, jedoch besteht doch gerade das Gymnasium als Schulart durch sein Hinführen zum wissenschaftspropädeutischen Arbeiten, auch wenn dies in Zeiten der Kompetenzinflation nicht immer der Fall zu sein scheint. Einigkeit muss in jedem Fall darin bestehen, dass eine gymnasiale Schulbildung die Studierfähigkeit in allen Fächern vermittelt. Daher kann und muss die Ausbildung der gymnasialen Lehrkräfte nur an einer Universität stattfinden, denn nur dort wird die fachwissenschaftliche Tiefe vermittelt, mit welcher der Zielsetzung einer gymnasialen Schullaufbahn entsprochen werden kann. Ein Gymnasiallehrer braucht einen hohen fachlichen Wissensvorsprung, um den Ansprüchen 'gymnasialer' Kinder und Jugendlicher gerecht werden zu können.



Dies gilt ebenso für die Lehrerfortbildung! Auch diese muss (fach-)wissenschaftlich verankert sein und gymnasialen Ansprüchen genügen. Eine Fortbildung, die Sprengel-Fortbildungen in der Vergangenheit nicht immer erfüllt haben. Dies richtet sich nicht gegen unsere Fachberater, die hervorragende Arbeit leisten, sondern vielmehr gegen ein systembedingtes Abflachen der Themen und Inhalte in so manchen dieser Fortbildungen, welche auf wissenschaftliche Grundlagen gestellt werden müssen. Genau hier erhoffe ich mir von der Neustrukturierung im Kultusministerium Synergieeffekte, denn die Wissenschaft ist als Beirat mit im Boot. Wenn die Empfehlungen von Prof. Dr. Reinhold Nickolaus und seinen Kollegen Gehör finden, dann wird eine engere Verzahnung von Wissenschaft und Lehrerfortbildung durchaus denkbar, sogar erlebbar. Dabei könnten sich die zukünftig professionellen Fortbildner mit den Universitäten verzahnen, um entsprechende Angebote an die gymnasialen Lehrkräfte zu machen.

Doch was nützt eine hervorragende Ausbildung, wenn nicht einmal die Besten eines Referendariatsjahrgangs eine Aussicht auf Anstellung haben? Baden-Württemberg beraubt sich hier auf wenig elegante Weise seiner Zukunftschancen.

Es muss einen Einstellungskorridor für diejenigen geben, welche die Gymnasien im Land bereichern und die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zur Studierfähigkeit hervorragend begleiten könnten. Mit null Einstellungen im Listenverfahren im RP Tübingen ist hier in der letzten Einstellungsrunde ein peinlicher Tiefpunkt erreicht worden.

Will man hervorragende Fachkräfte für sich gewinnen, muss man diese auch entsprechend entlohnen. Ein zeitliches Abkoppeln des höheren Dienstes von den anderen Besoldungsgruppen, wie dies in den letzten Jahren betrieben wurde, ist unsäglich und entspricht nicht dem guten Stil. Von der verfassungswidrig abgesenkten Eingangsbesoldung von zuletzt acht Prozent über drei Jahre ganz zu schweigen. Zumindest hier konnte der Philologenverband Baden-Württemberg über den BBW erfolgreich klagen! Wenn die Regierung so mit ihren Bediensteten umgeht, dann braucht sie sich nicht zu wundern, wenn diese dem Land den Rücken kehren und als Fachkräfte in die finanziell ohnehin lukrativere Wirtschaft wechseln oder aber in unserem Nachbarland Bayern anheuern, wo gymnasiale Lehrkräfte nicht nur finanziell, sondern auch strukturell (23 Stunden Unterrichtsverpflichtung) bessere Bedingungen vorfinden.

Der gymnasiale Lehrerberuf darf nicht so wenig attraktiv bleiben, er muss endlich wieder erstrebenswert werden, damit die besten Fachkräfte diesen Beruf für sich ergreifen können und wollen. Dazu gehören ein fachwissenschaftliches universitäres Studium, wissenschaftlich orientierte Lehrerfortbildungen, ein vorhandener Einstellungskorridor für die jeweils Jahrgangsbesten sowie eine wettbewerbsfähige Bezahlung. Denn für seine Schülerinnen und Schüler darf und muss das Land nur das Beste wollen. Zeigen Sie uns, dass dies geht, Frau Dr. Eisenmann!

Enver Groß